

Adressenband

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug. Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto. Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend. Geschäftsleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindstr. 5

69. Jahrgang

Berlin, den 23. Mai 1931

Nummer 41

Pfingstgeist — Kampfgeist!

Wir sind es aus der Überlieferung unsrer glückhaften Kindheit gewohnt, im Pfingstfest das Symbol des heiligen Geistes zu sehen. Diese tiefere Bedeutung wird dem Feste auch bleiben, wenn wir uns von dieser Form der Verehrung frei machen und uns des Werdens und Wachstums der Natur erfreuen, im Fest der Pfingsten den Erlösungsgedanken erblicken aus starrer Gebundenheit des Winters zu lichtvoller Erfüllung, zu froher Lebensbejahung. Ja, wie sich angelehnt der liebhaften Sonne die schönheits-trunkne Seele zu lichtdurchfluteten blauen Himmels Höhen erhebt, das kommt uns jetzt in jeder Lebensregung zum Bewußtsein.

Welch ein Knospen und Blüten in Feld und Flur, in Wald und Wiese, in der harmonischen Ausgeglichenheit alles dessen, was uns umgibt! Würde diese Ausgeglichenheit, diese Abgefärbtheit und Harmonie allen Menschen eigen sein, würden sie sich nicht in Gegensätzlichkeiten und Meinungsverstimmlichkeiten zermürben und zerfleischen, sondern einzig dem hehren Ziele leben, menschlich, das heißt edel, hilfreich und gut, gegen den Nächsten zu handeln, so würde der Sinn des schönen Wortes: „Sie waren alle des heiligen Geistes voll“, aufs herrlichste erfüllt werden. Es ist immer köstlich, sich hineinzufühlen in die Eicht all der Lichtbringer, deren Herz für eine große Idee, für eine heilige und schöne Sache verbrennt. Sie gehören keineswegs einer fagenumwobenen Vergangenheit an, sondern wirken oder wirken doch mitten unter uns, und ihre Namen sind nicht Sittler, Eugenberg, Selde und Düsterberg, sondern sie halten und heften das Ehrenschild der Deutschen Republik hoch, das jene täglich und stündlich begeistern und verunglimpfen, weil sie nicht berechnen, sondern aufbauen wollen und ihre ganze Kraft aufwenden, um dem Proletariat aller Stände bessere Daseinsbedingungen zu schaffen.

Man spricht heute so viel vom Materialismus, der die Welt beherrscht, und schreibt ihm die tiefere Ursache unsrer wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Elends zu. Eine abgründige Heuchelei ist es, alle Schuld auf den „Marxismus“ zu wälzen und die materialistische Geschichtsauffassung dem Materialismus gleichzusetzen. Denn nicht dort geistigt die Giftpflanze des Materialismus, wo das wertvolle Volk, seiner Macht und seines Menschentums bewußt, mehr Lebensraum für sich beansprucht, — sie findet den günstigsten Nährboden gerade dort, wo dem Volke seine Rechte vorenthalten oder gar brutal geschnitten werden. Wenn materielle Nöte drücken, der wird nimmer begreifen, daß der andre neben ihm ein Leben herrlich und in Freuden führt. Wer in eleganten Luxusautomobilen teureste Modebäder aufsucht, während die große Masse der wertvollen Bevölkerung gerade so von der Hand in den Mund leben muß, der hat kein Recht, über die „Begehrlichkeit“ der Masse verächtlich die Nase zu rümpfen und durch Attentate auf die Sozialpolitik ihr auch die letzte Stütze zu rauben.

Auch der Geringste hat Anspruch auf reinsten Lebensgenuss, echte Daseinsfreude. Wer sie ihm vorenthält, leugnet den Adel der Arbeit, degradiert das Proletariat zu Menschen zweiter Klasse, schafft neben der Klasse der Besitzlosen ein Herrenmenschenstum, das gewillt ist, die Werteschaffenden bis zum Weißbluten auszunutzen, um seinen unbedenklichen Wertzuwachs über Gebühr zu vergrößern. Das Glück der Menschheit aber wurzelt in der Erkenntnis, daß jedes Glied sich verpflichtet fühlt, dem gemeinen Besten Opfer zu bringen, denn nur die Wohlfahrt aller zu fördern, baut Brücken und schafft Garantien zu Harmonie und Freiheit!

Die im Schatten leben, verlangen nach Sonne, denen die echte Lebensfreude verweigert bleibt, kämpfen so lange um Recht und Gerechtigkeit, bis die Privilegien der bestehenden Schichten gebrochen sind. Nächstenliebe, Opferfreudigkeit, Aufgehen im Volksgang, Verdienst auf Vorrechte der Bildung und des Besitzes: das sind die Postulate der Erziehungswelt, die durch die Gewerkschaften im höheren Sinne zur Herbeiführung einer wahren Lebensgemeinschaft geleistet wird. Darum soll Pfingstgeist Geist des Kampfes werden, der die Fesseln des Vorurteils gegen unsre Mission sprengt, der sich allen mittelteil, die der Aufwärtsentwicklung des Proletariats noch verständnislos gegenübersehen, bis auch sie voll des heiligen Geistes werden und sich als Jünger freudig einreihen in die Front derer, die willens sind, unser Menschheitsideal zu erfüllen...

K. r. n. b. e. g.

Pfingsten und arbeitslos

Das Pfingstfest ist da! Die Natur hat es schon lange vorher angemeldet. Es sprieht und grünt, es blüht und duftet, und alles drängt dem Licht — der uneigennütigen Spenderin Sonne — entgegen.

Was könnten wir, die wir ausgestoßen sind aus dem Produktionsprozess wochen-, monate-, sogar schon jahrelang, doch auch heraus aus dem ungewissen Dunkel der geistmürbenden Arbeitslosigkeit. Heraus aus diesem Elend! Wir sind keine Außenseiter der Gesellschaft, sondern nur erwerbslos. Wir wollen arbeiten, nur wird uns die Arbeit verwehrt. Was nützt uns Pfingsten bei herrlichstem Sonnenschein, wenn das Elend, die Not, aus den Ecken der Wohnungen hohnlächelnd hervorginkt. Es jerricht unser Herz, wenn wir den niedergeschlagenen, hoffnungslosen Blick der Frau sehen, den nach Brot schreienden Ruf der Kinder hören. In ohnmächtiger Wut, die Verzweiflung drückt nieder, bringen wir die monotonen Tage dahin. Die tägliche Sorge um den kommenden Tag, wo Frau und Kinder einermäßen satt werden sollen, erstickt jegliche seelische Regung für die Dinge der Außenwelt in uns. Unternehmerwillkür glaubt uns in der Hand zu haben. Sie frohlockt und denkt, die Arbeitslosigkeit macht uns müde und ihr gefügig. Wenn sie auch vieles in uns tötet, eines aber festigt sie, und zwar das, was sie am allerwenigsten erwartet: den unbedingten Glauben zur Gewerkschaft, die Treue zum Verband, unserer einzigen Hort in dieser schweren Zeit!

Arbeitende Brüder, ihr fühlt mit uns und versucht zu helfen. Ihr habt verständendes Mitleid mit uns. Eure Hilfe kommt unter größten Opfern zustande. Selbst kaum das Nötigste zum Lebensunterhalt verdienend, denkt ihr, Brüder im Arbeitsittel, dennoch an uns. Wir danken euch. Laßt uns wie Brüder treu zusammenstehen, arbeiten und arbeitslos in der Gewerkschaft vereint — ein Bollwerk gegen das Unternehmertum. R. F. (Hamburg).

Die Gutachten zur Arbeitslosenfrage

Dem ersten Teil des Gutachtens der sogenannten Brauns-Kommission, die von der Reichsregierung Ende Januar d. J. zur Beratung von Vorschlägen für eine praktische Bekämpfung des Arbeitslosenselends eingesetzt wurde, ist Anfang Mai ein zweiter Teil gefolgt und der Öffentlichkeit übergeben worden. Beschränkte sich schon der erste Teil, den wir in Nr. 29 vom 11. April in seinen Grundzügen kurz skizziert haben, in der Hauptsache darauf, jeden durchgreifenden Eingriff in die bisherige unvollständige privatkapitalistische Wirtschaftsführung ängstlich zu vermeiden, so haftet die gleiche Unterwürfigkeit vor dem privatkapitalistischen Thron auch dem zweiten Teil an.

Der erste Teil des Gutachtens gipfelte zunächst in der Formulierung folgender Grundzüge für einen Gesetzentwurf:

- I. Die Reichsregierung wird ermächtigt, mit Zustimmung des Reichsrats für einzelne Gewerbebetriebe oder Betriebe nach Benehmen mit den Beteiligten die gesetzliche Höchstdauer der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit bis auf 40 Stunden wöchentlich herabzusetzen. Dabei ist zu prüfen, ob die Herabsetzung technisch und wirtschaftlich möglich und nach der Zahl der auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehenden Arbeiter durchführbar ist.
- II. Auf Betriebe, in denen in der Regel weniger als zehn Arbeitnehmer beschäftigt werden, erstreckt sich diese Ermächtigung nicht.
- III. Wenn eine solche Anordnung der Reichsregierung ergeht, erstrecken die Bestimmungen der Tarifverträge, die ihr widersprechen, mit dem Ablauf eines Monats nach Verkündung der Anordnung.
- IV. Wenn von der Befugnis zur Überschreitung der gesetzlichen Höchstarbeitszeit Gebrauch gemacht werden soll, die auf Grund der §§ 2 und 5 der Arbeitszeitverordnung vom 14. April 1927 in Tarifverträgen vorgeesehen ist, so ist damit die Zustimmung einer der in § 8 der Arbeitszeitverordnung bezeichneten Behörden erforderlich. Dies gilt sowohl da, wo sich die Dauer der Höchstarbeit aus den Vorschriften der Arbeitszeitverordnung ergibt, als auch da, wo sie nach Nr. I herabgesetzt worden ist.
- V. Die in § 11 der Verordnung über die Arbeitszeit vom 16. Juli 1927 und § 12 der Verordnung über die Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien vom 23. November 1918 vorgeordnete Mindeststrafe für vorläufige Überschreitung der Arbeitszeit wird auf 50 M. erhöht.
- VI. Die Absätze 2 bis 4 des § 6a der Verordnung über die Arbeitszeit vom 16. Juli 1927 werden durch folgende Vorschriften ersetzt:
 „Als angemessene Vergütung gilt ein Viertel des auf die Mehrarbeit entfallenden Grundlohns, wenn die Betätigten keine höhere Vergütung vereinbart haben.“

VII. Der Anspruch des Arbeitnehmers auf eine anläßliche Vergütung für die Mehrarbeit nach § 6a der Verordnung über die Arbeitszeit vom 16. Juli 1927 oder § 1 Absatz 2 Satz 3 der Verordnung über die Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien vom 16. Juli 1927 wird auf die Mehrarbeit für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung übertragen.

In der teilweise sehr umfangreichen Begründung der einzelnen Punkte dieses ersten Teils des Gutachtens wird gänzlich übersehen, daß das gegenwärtige Wirtschaftselend seine zur Genugung führende Krise, sondern die natürliche Folge einer durch die privatkapitalistische planlose Profitwirtschaft bedingten Strukturwandlung ist. Unbeachtet blieb ferner, daß der schon seit mehr als Jahresfrist statisch begünstigte Lohnraub eine gleich große Kaufkraftsenkung bedeutete und die Arbeitslosigkeit in gleichem Verhältnis vergrößerte. Die gegenteiligen Argumente auf Unternehmenseite haben sich durch die tatsächliche Entwicklung der Dinge als durchaus falsch und kurzfristig erwiesen. Daß sich trotzdem die Brauns-Kommission diese Trugschlüsse zu eigen gemacht hat, läßt deutlich erkennen, daß weniger volkswirtschaftliche als privatkapitalistische Grundzüge in dieser Kommission maßgebend waren. Daß nur für einzelne Berufe die gesetzlich zulässige Höchstarbeitszeit auf 40 Stunden beschränkt werden soll, heißt die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von vornherein noch erschweren, statt sie zu erleichtern. Daß Betriebe, in denen in der Regel weniger als zehn Arbeiter beschäftigt werden, von der Arbeitszeitverfüzung ausgeschlossen bleiben sollen, heißt jene Betriebe begünstigen, die im Hinblick auf Erweiterung ihres Produktionsapparates im allgemeinen am wenigsten belastet und behindert sind. Daß ferner die Brauns-Kommission nicht den Mut gefunden hat, die bisherigen gesetzlichen und tariflichen Möglichkeiten von Abarbeit bis auf bringende Fälle der Lebensgefährdung zu beschränken, beweist, daß es ihrer Mehrheit gar nicht ernstlich darum zu tun war, den Arbeitslosen zu helfen. Zwar könnte der Vorschlag, die Überstundenauflage nicht mehr in die Taschen der betreffenden Arbeiter, sondern in die Taschen der Arbeitslosenversicherung stecken zu lassen, nicht unwesentlich dazu beitragen, die egoistische Sehnsucht nach Überstunden wesentlich zu dämpfen; die Wirkung wäre aber im Interesse der Arbeitslosen bzw. von Neueinstellungen noch günstiger, wenn auch dem Unternehmer ein gleichwertiges Opfer für solche Überschreitungen der normalen täglichen Arbeitszeit auferlegt würde.

In der wichtigen Frage des Lohnausgleichs bei Herabsetzung der Arbeitszeit hat sich die Kommission auf eine theoretische Erörterung verschiedener Vorschläge beschränkt. Sie kam zu der Entscheidung, daß in der gegenwärtigen Krise ein Lohnausgleich, der zu einer Erhöhung der Gestehungskosten führen würde, im allgemeinen nicht tragbar sei. Inwieweit sich nötigenfalls ein gerechter Ausgleich auf anderem Wege erreichen lasse, sei von Fall zu Fall zu prüfen. Wir sind der Meinung, daß zu einem gerechten Lohnausgleich die Mittel überall dort vorhanden sind, wo man z. B. bisherige Lohnsenkungen damit begründete, daß solche zur unbedingt nötigen Preislenkung erforderlich gewesen wären, während in Wirklichkeit wohl mit staatlicher Hilfe der Lohnraub durchgeführt, der darauf als Bedingung geknüpfte Preisabbau jedoch heute noch auf sich warten läßt.

Der zweite Teil des ersten Gutachtens behandelt die Frage der Doppelverdiener. Es wird eine Einschränkung bezahlter Nebenbeschäftigungen bei Behörden und in privaten Betrieben erörtert, aber im allgemeinen als von nebenständlicher Bedeutung bezeichnet. Von einer Pensionskürzung bei Arbeitslosenommen wird gleichfalls abgesehen, weil einer solchen nur geringe arbeitsmarktpolitische Bedeutung zukomme. Verheiratete Beamtinnen sollen durch Bereitstellung von Wohnungsummessen Anreiz zu freiwilligem Auscheiden erhalten. Bei der zukünftigen Besetzung von Arbeitsplätzen sollen die sozialen Verhältnisse der Neueinstellenden stärker als bisher berücksichtigt werden.

Der Anfang Mai erschienene zweite Teil des Gutachtens beschäftigt sich mit der Frage der „Arbeitsbeschaffungspflicht“ und zur „Pflichttarifvertrag“. Der grundsätzliche Teil des Gutachtens zur Arbeitsbeschaffung könnte Billigung finden, wenn auch zur Überwindung der Arbeitsmarktkrise eigentlich nichts gewonnen wird, weil zur Durchführung der aufgezählten an sich großzügigen Maßnahmen nur eine Kleinigkeit fehlt, nämlich Geld, Auslandsanleihen. Da letztere, wie das Gutachten betont, zur Zeit kaum aufzulegen sind, hat das

Gutachten im Augenblick nur bedingten Wert. Aber es hat einen recht großen Wert dadurch, daß es die systematische, organisierte und vom Reich beeinflusste Arbeitsbeschaffung als dringend notwendig erklärt. Die Unternehmer und, von ihnen beeinflusst, ein Teil der Öffentlichkeit lehnen diese Form der Arbeitsbeschaffung grundsätzlich ab. Sie helfen gar nichts. Ja, sie schaden nur, weil sie lediglich eine Verschönerung (und zwar eine ungewöhnliche und schädliche) des der Wirtschaft zur Verfügung stehenden Kapitals bedeuten. Was sie diesen Arbeiten zuwenden, entziehe sie der freien Wirtschaft. Dem Zarbeitbringen auf der einen Seite stehe ein Arbeitslosmachen auf der anderen Seite gegenüber. Dieser These tritt das Gutachten mit großer Entschiedenheit entgegen. Nachdem es die weltwirtschaftlichen und die innerdeutschen Ursachen der Krise untersucht und eine Reihe politischer, teils nur international zu regelnder Vorschläge angebeutelt hat, konzentriert sich das Gutachten auf „die Möglichkeiten unmitteldarer oder mittelbarer Arbeitsbeschaffung, die im innerdeutschen Entscheidungsbereich liegen“. Es sucht mit Recht den Wert dieser Arbeitsbeschaffung darin, daß die private Wirtschaft angekurbt werden müsse:

„Alle Maßnahmen dieser Art müssen darauf abzielen, die Erstarzung, in der sich heute unsere Wirtschaft befindet, zu lösen und in Deutschland brachliegende Arbeitskräfte, Produktionsmittel und Warenvorräte produktiv zu nutzen. — Die Hemmnisse, die heute auf diesem Gebiet liegen, sind zu bekannt, als daß sie an dieser Stelle geschildert werden müßten. Diese Lage zwingt dazu, der durch äußere Umstände geminderten Initiative der Privatwirtschaft dadurch zu Hilfe zu kommen, daß durch eine Kapitalverwertung auf Grund öffentlichen Kredits neue Arbeitsgelegenheit geschaffen wird, die ihrerseits ausstrahlt auf Beschäftigung und Absatz der deutschen Gesamtwirtschaft. Das natürliche Betätigungsfeld werden dabei solche Aufgaben sein, die sich für eine zentrale Planung eignen, dauernden volkswirtschaftlichen Wert besitzen und durch ihren Ertrag das aufgewandte Kapital lohnen.“

Diese Sätze befaßten ihre Gültigkeit auch dann, wenn aus allgemeinen finanziellen oder innerpolitischen Gründen im Augenblick das nötige Geld durch Auslandsanleihen leider nicht aufzutreiben ist. Auch wenn sich der Anleihemarkt für Deutschland lockert, wird die Arbeitsmarktlage wohl abgemildert, aber keineswegs behoben sein. In diesem Augenblick würde dann eine systematische Beeinflussung des Arbeitsmarktes durch Arbeitsbeschaffung möglich und notwendig sein. Die „private“ Initiative bedarf auch dann und gerade dann des besonderen Anstoßes. Nichts ist so falsch als die von Unternehmensseite immer wieder betonte Auffassung: Der Plan der Brauns-Kommission muß scheitern, weil Geld nicht aufzutreiben ist. Ist aber Geld wieder aufzutreiben, so ist der Plan überflüssig, weil die Wirtschaft von selbst wieder läuft. Wertvoll ist das Gutachten weiter deshalb, weil es dem Irrglauben entgegentritt, das Einfrieren langfristiger Auslandskredite in die deutsche Wirtschaft sei als gefährlich abzulehnen. Es war Schachts Irreführer, die verhindert hat, Anleihen zu geben, als solche noch möglich waren und die Krise abzuwenden konnten.

Die von der Kommission als förderungswürdig vorgeschlagenen Arbeitsgebiete bieten allerdings kaum Neues: Energiewirtschaft, Verkehrsweesen, landwirtschaftliche Meliorationen und Siedlungen und Wohnungswirtschaft. Aber Einzelheiten des Gutachtens zu diesem oft erörterten Programm läßt sich allerdings sehr streiten. So z. B. wenn abgelehnt wird, die Anlage großer innerdeutscher Durchgangstraßen für den Fernverkehr mit öffentlichen Mitteln zu fördern. Woß soll das alte Straßennetz verbessert und ausgebaut werden, aber die Schaffung großer Durchgangstraßen soll unterbleiben, um von der Eisenbahn den Wettbewerb des Personen- und Frachtautoverkehrs fernzuhalten. Diese Anschauung dürfte unhaltbar sein. Nütztiger erscheint uns die Warnung vor weiteren großen Kanalbauten. Bezüglich der Vorschläge: landwirtschaftliche Meliorationen und Siedlungen zu fördern, ist mit Bedauern festzustellen, daß die Brauns-Kommission mit ihrem Wort Stellung nimmt gegen die verzeigte, nur den großen Grundbesitz einseitig begünstigende Jollypolitik. Wer behauptet will, kann nicht wollen, daß unsinnige Futtermittelgasse die Vieh- und Milchwirtschaft des Siebters erdrücken. Die Kommission ging dieser heißen Frage aus dem Wege.

Wiel kritischer ist der mit besonderem Nachdruck vertretene Vorschlag des Gutachtens, die Löhne der bei Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung beschäftigten Arbeiter zu drücken, zu beurteilen. Im Abschnitt „landwirtschaftliche Meliorationen“ wird vorgeschlagen, die Mittel der wertschöpfenden Arbeitslosenfürsorge in besonderem Maß einzusetzen. Es heißt weiter: „Dafür scheint es aber der Kommission notwendig, die Bestimmungen über die Beschäftigung Arbeitsloser bei Notstandsarbeiten zweckentsprechend anzuwenden. Die Notstandsarbeiterlöhne sollten dem Wert der Arbeiten angepaßt werden. Die Kommission empfiehlt, die Landesarbeitsämter darauf hinzuweisen zu lassen, daß bei den Meliorationen einer der Ausnahmefälle vorliegt, in denen die Höhe des Notstandsarbeiterslohns nach § 139 Absatz 4 WAWG besonders festgelegt werden kann.“ Der Lohn der bei Meliorationen beschäftigten Arbeiter soll also gesenkt werden. Obwohl der Lohn bei diesen Arbeitern ohnehin gering ist, soll er weiter gesenkt werden. Der Lohn muß dem Wert der Arbeiten angepaßt werden, muß auch der Arbeiter dabei vor die Hunde gehen. In einem andern Abschnitt wird dieser Faden munter weitergesponnen und der Lohndruck bei allen solchen Arbeiten empfohlen. Es soll nämlich das für Arbeitsbeschaffung verfügbare Kapital möglichst gestreckt werden. „Die Fortsetzung des Arbeitsbeschaffungswerts

hängt davon ab, daß die investierten Mittel in regelmäßigem Wechsel wieder zur Verfügung stehen, und daß die Kosten so niedrig wie möglich gehalten werden.“ Und weiter heißt es: „Deshalb sind Ermäßigungen während in Ordnung, wie bereits zu ungewöhnlich niedrigen Bedingungen ausgetiehene Mittel zu ihrem gegenwärtigen Wert für den Kapitalstock der Arbeitsbeschaffung wieder zurückgenommen werden können, und wie die Löhne dem Wert der Arbeiten angepaßt und mit Rücksicht auf die öffentlichen Leistungen geregelt werden können, ohne daß der sozialpolitische Charakter der Maßnahmen gefährdet wird.“

Von dem Programm ist aus Gründen, die auch die Gutachterkommission nicht beheben kann, nicht viel durchführbar, aber die Empfehlung, den Lohn zu drücken, ist schon konkreter und läßt sich in jedem Fall durchführen. Die einen erfreut man mit einem Programm, das leider aus Kapitalmangel im Augenblick nichts nützt, die anderen tröstet man damit, daß bei den noch durchführbaren Arbeiten die Löhne noch weiter heruntergedrückt werden sollen. Jedem das Seine: Ebenso wie in der Arbeitszeitfrage. Für die Arbeiter eine wunderschöne Deklaration, für die Unternehmer praktische sofort durchführbare Vorschläge. Dafür danken die Arbeiter bestens. Die Kommission betet das dumme Gebete, Notstandsarbeiten seien teurer als andre Arbeiten, gedankenlos nach. Ja, sie „stellt“ es sogar ausdrücklich fest: „Es ist ferner die Feststellung zu treffen, daß aus verschiedenen Gründen die Gesamtkosten solcher Arbeitsbeschaffung in der Regel nicht unerheblich höher sind als solche der Privatwirtschaft bei der Durchführung ähnlicher Aufgaben erwachsen.“

Tatsächlich trifft das für vernünftig geleitete Arbeiter heute keineswegs zu. Aber mit dieser Feststellung mußte der Vorschlag auf Lohnabbau „begründet“ werden.

Die Kommission hat auch die Frage geprüft, ob es möglich und zweckmäßig ist, durch Lohn- oder Zinszuschüsse private Unternehmer behufs Erhaltung oder Erweiterung ihrer Tätigkeit zu subventionieren. Diese Frage wird auch in Arbeiterkreisen sehr stark erwogen. Der Gedanke, den Betrieb in irgendeiner Form zu stützen, um dadurch die sonst eintretende Arbeitslosenunterstützung zu ersparen, erscheint im ersten Augenblick durchaus einleuchtend. Auch der Vorstand der Reichsanstalt hat ihn wiederholt eingehend geprüft und mußte zu einer Ablehnung kommen. Auch die Sachverständigenkommission verneint diese Frage. Das Gutachten sagt: „Es ist auch die Frage geprüft worden, ob durch Lohn- und Zinszuschüsse private Unternehmer Subventionen behufs Erweiterung ihrer Tätigkeit erhalten sollen. Im allgemeinen ist nach den bisherigen Erfahrungen diese Frage zu verneinen. Subventionen können leicht zur Verlagerung von Standorten, Aufträgen und Kapital und zu Schädigungen der nicht-subventionierten Industrie in ihrem Bestreben, eine geordnete, private Wirtschaft aufrechtzuerhalten, führen.“

Nachdem vor einiger Zeit im Reichsarbeitsministerium eine eingehende Aussprache über eine etwaige Arbeitsdienstpflicht im größeren Kreise (Befürworter und Gegner der Arbeitsdienstpflicht) stattfand und eine ernsthafte Prüfung zeigte, daß, abgesehen von der von gewerkschaftlicher Seite stets vertretenen grundsätzlichen Ablehnung, die Durchführung einer Arbeitsdienstpflicht schon an den Kosten und der Energiebigkeit der Arbeiten scheitert, sind die lauten Rufe nach einer allgemeinen Arbeitsdienstpflicht gänzlich verstummt. Auch die Gutachterkommission kommt zur Ablehnung. Das Gutachten sagt: „Die Kommission hält die Einführung einer allgemeinen Arbeitsdienstpflicht nicht für ein geeignetes Mittel zur Entlastung des Arbeitsmarktes.“

Dafür ist ein neues Schlagwort aufgetaucht: „freiwilliger Arbeitsdienst“. Das Gutachten befaßt sich auch hiermit und empfiehlt seine „Förderung“. Was soll darunter verstanden werden? In der Publizität sind Ziele und Durchführung des „freiwilligen Arbeitsdienstes“ höchst unklar und verworren. Praktisch wird aber bereits eine Form angewandt, die höchst bedenklich ist. Es soll nämlich den Landwirten, die bisher ausländische Arbeitskräfte beschäftigt haben und jetzt als Ersatz der Ausländer deutsche Arbeitslose einstellen, die nicht berufsmäßig der Landwirtschaft angehören (also städtische Arbeitslose), ein beträchtlicher Zuschuß aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung zum Lohn gewährt werden. Der Zuschuß soll die Minderleistung des städtischen Arbeitslosen, der den Tariflohn erhalten muß, ausgleichen. Diese Maßnahme soll eine Unterfütterung des „freiwilligen Arbeitsdienstes“ darstellen. Tatsächlich ist sie eine verfehlte Subvention an bestimmte landwirtschaftliche Betriebe, die ohnehin den ohnehin miserablen Lohn des deutschen Landarbeiters gefährdet und zum Lohndruck und damit zu wirtschaftsfördernden Reibungen führt. Diese Gefahr ist dem „freiwilligen Arbeitsdienst“ überhaupt eigen. Zwar engt die Kommission die Art der Arbeiten ein. Sie sagt: „Eine selbstverständliche Voraussetzung für die Arbeitsgelegenheiten, die im freiwilligen Arbeitsdienst ausgenutzt werden sollen, ist, daß sie die Arbeitsmenge über das Maß hinaus erweitern, das vorhanden ist oder auf anderem Wege, insbesondere dem der Notstandsarbeiten, verfügbar gemacht werden könnte.“ Und weiter: „Schwierigkeiten der Durchführung werden sich zunächst in der Beschaffung zusätzlicher Arbeit zeigen. Man wird sich deshalb nicht, wie bei der Notstandsarbeit und der Pflichtarbeit, auf die öffentliche Hand als Träger beschränken können, sondern man wird Verbände mit gemeinnützigen Zielen als Träger auch dann heranziehen müssen, wenn sie Arbeiten bereitstellen, die zunächst einen beschränkten Personenkreis (Mitgliedern oder hilfsbedürftigen Kreisen) zugute kommen.“

Aber auch derart eingengt, bedrohen diese Arbeiten wieder die Notstandsarbeiten, weil zugunsten des freiwilligen Arbeitsdienstes die ohnehin beschränkten Mittel

weiter verknappt würden. Außerdem käme es tatsächlich auf einen Lohndruck hinaus. Der „freiwillige Arbeitsdienst“ ist entweder eine für das Gesamtproblem belanglose Spielerei oder aber, im größeren Maßstab durchgeführt, eine sehr ernste Gefahr, gegen die sich die Gewerkschaften mit aller Entschiedenheit wenden müssen.

Es zeigte sich in den öffentlichen Debatten das Streben, die Pflichtarbeit stärker zu verallgemeinern. Das Gutachten der Brauns-Kommission unterfüttert dieses Drängen. Zur Zeit kann für durch die Versicherung unterstützte Arbeitslose unter 21 Jahren und für Krisenunterstützte ganz allgemein die Unterfütterungslösung von einer Arbeitsleistung abhängig gemacht werden. Eine Verordnung bestimmt, daß die Arbeitsleistung in der Regel 16 Stunden wöchentlich nicht übersteigen soll. Der Träger der Arbeit soll dem Pflichtarbeiter eine gewisse Entschädigung als Zuschlag zu seiner Unterfütterung gewähren. Der Zuschlag soll aber nicht 50 Proz. der Hauptunterfütterung, die der Arbeitslose für die Dauer der Pflichtarbeit erhält, übersteigen. Während ursprünglich das Gesetz die Anordnung der Pflichtarbeit, die Auswahl der Arbeiten und die Höchstdauer dem Verwaltungsausschuß des Arbeitsamtes übertrug und sogar den Beschluß an eine Zweidrittelmehrheit band, hat die Verordnung vom Juli 1930 diese Befugnisse einzig dem Vorsitzenden des Arbeitsamtes übertragen und den Verwaltungsausschuß völlig ausgeschlossen. Das Gutachten will darüber hinausgehen. Es sagt folches: „Pflichtarbeit ist nicht nur im Rahmen der öffentlichen Fürsorge und der Krisenfürsorge, sondern auch im Rahmen der Arbeitslosenversicherung unter bestimmten Voraussetzungen berechtigt und notwendig.“ Da heute schon im Rahmen der Arbeitslosenversicherung Pflichtarbeit beschränkt zugelassen ist (Zugewandte bis zu 21 Jahren), kann nur gemeint sein, auch im Rahmen der Arbeitslosenversicherung die Pflichtarbeit allgemein zuzulassen. Sonst hätte die Forderung: „Bei der geschilderten Neuordnung der Arbeitslosenhilfe ist diesen Gesichtspunkten Rechnung zu tragen“ keinen Sinn. Denn von den weiter aufgestellten zwei Punkten erklärt der eine nur Sinn und Zweck der Pflichtarbeit und der andere nennt eine Reihe von Arbeitsmöglichkeiten, nämlich: Als Pflichtarbeit kommen, soweit sie gemeinnützig sind, insbesondere in Betracht: Arbeiten, die der Reinlichkeit und Gesundheitspflege dienen, Arbeiten für karitative und gemeinnützige Anstalten, Herrichtung von Anlagen, von Spielen und Sportplätzen, Anlegung, Instandhaltung und Herrichtung von Fahr- und Fußwegen, Instandsetzung von Wasser- und Entwässerungsanlagen, gemeinsame Bodenverbesserung.“

Eine „geheiligte Neuordnung“ käme also darauf hinaus, die Pflichtarbeit ganz allgemein und für alle Arbeitslosen zuzulassen. Die vorstehende Formel: „soweit sie gemeinnützig sind“ deutet auf eine weitere Verschärfung. Bis hierher müssen die Arbeiten „gemeinnützig“ sein. Die Pflichtarbeit soll also erheblich verbreitert und auch anderen als gemeinnützigen Zwecken dienstbar gemacht werden. Letzteres wird allerdings heute schon versucht, indem in den städtischen Bezirken die Arbeitslosen bei Arbeiten, die von der Ob- und Hilfe finanziert werden, allgemein zu Pflichtarbeiten angehalten werden sollen. Der „notleidenden“ Landwirtschaft wird zu Bodenverbesserungsarbeiten billige Arbeitskraft zur Verfügung gestellt. Um dieses noch ausgiebiger zu betreiben zu können, wird jetzt gar erwogen, im Rahmen von je drei Wochen die wöchentlich 16 Arbeitsstunden zusammenzulegen, so daß der Arbeitslose jeweils für zwei Wochen seine Unterfütterung erhält, die „ganze dritte Woche“ aber für seine Unterfütterung arbeiten muß. Dabei gibt die Arbeitswoche natürlich als Unterfütterungswoche und rechnet in die Höchstdauer seiner Unterfütterung ein. Was eine solche Ausweitung der Pflichtarbeit mit Arbeitsbeschaffung und Lösung des Arbeitslosenproblems zu tun hat, ist wirklich unklar. Ans will scheinen, als würde das genaue Gegenteil erreicht, nämlich eine sich bietende Arbeitsgelegenheit dem freien Arbeitsmarkt entzogen, nur mit dem kleinen Unterschied, daß kein ehrlicher Lohn gezahlt, sondern auch hier Lohndruck geübt werden soll.

So wenig das erste Gutachten die Gewerkschaften befriedigen konnte, so wenig kann es das zweite. Sicher handelt es sich um eines der schwierigsten Probleme, wie die jahrelangen Auseinandersetzungen in Deutschland und auch besonders in England beweisen. Wertvoll ist, daß sich das Gutachten grundsätzlich für eine organisierte, gegebenenfalls auf Auslandsanleihen aufbauende Arbeitsbeschaffung einsetzt. Seine Schwäche ist, daß die Vorschläge aus Mangeln der Geldbeschaffung zur Zeit kaum durchführbar sein werden. Aber es wird seinen Wert für eine Zeit befaßen, in der Anleihen möglich sein werden. Nur steht noch das dritte Gutachten aus, das sich mit dem Problem der Arbeitslosenversicherung bzw. deren Sanierung befaßen soll. Nach den beiden ersten Gutachten werden aber leider kaum größere Erwartungen auf diese letzte „Arbeit“ der Brauns-Kommission gesetzt werden können. Denn zweifellos liegt die Gutachterkommission in der Erhaltung und Schonung der privatkapitalistischen Profitwirtschaft ihre wichtigste Aufgabe. Und deshalb dürfte wohl auch ihr Letztes, noch ausstehendes Gutachten über den Wert sogenannter weißer Salbe kaum hinausgehen. Inwieweit nun durch eine für die nächste Zeit angekündigte Notverordnung des Reichspräsidenten über besondere Sparmaßnahmen die übergroße Mehrheit des deutschen Volkes zugunsten der industriellen, gewerblichen und agrarischen „Wirtschaftsführer“ auch auf Grund dieser in der Hauptsache von ehemaligen christlichen Gewerkschaftsführern (Strüning, Egelwald, Brauns) inspirierten Gutachten noch weiter belastet werden soll, wird sich erst in den nächsten Wochen zeigen.

Sozialistische Versorgungswirtschaft

Wie zu bejürchten war, hat sich die Finanzlage des Reichs, der Länder und der Gemeinden von neuem in bedrohlicher Weise verschärft. Die bekanntgegebenen Ergebnisse der Reichsteuern im Rechnungsjahr 1930 zeigen einen wesentlich stärkeren Rückgang der Steuereinnahmen als bisher von der Regierung angenommen wurde. Das läßt darauf schließen, daß auch die Ertragsschätzungen für das Jahr 1931 viel zu hoch sind, hat doch die Saisonbelegung am Arbeitsmarkt viel zögernder und schwächer eingeleitet als im vorigen Jahr. Damit wurden auch die Berechnungen erschüttert, die sich auf den Bedarf an Arbeitslosenunterstützung im laufenden Jahr beziehen und liegt so die Annahme nahe, daß der trotz weitgehendster Sparmaßnahmen und Kürzung der Beamten- und Angestelltengehälter eben erst sanierte Reichshaushalt ein neues gewaltiges Defizit aufweisen wird. Beim Reich berechnet man den Ausfall schon jetzt auf über eine Milliarde Mark, während der Fehlbetrag bei den Ländern und Gemeinden auf mehrere hundert Millionen Mark geschätzt wird. Es besteht wenig Wahrscheinlichkeit dafür, daß diese Annahmen sich als unrichtig herausstellen werden, weshalb man wieder einmal die beabsichtigte Sanierung der Reichs-, Länder- und Gemeindefinanzen als mißlungen betrachten kann.

Dieser Mißerfolg ist im wesentlichen auf das Verhalten der bürgerlichen Parteien, vornehmlich aber der Deutschen Volkspartei als Vertreterin des kapitalistischen Unternehmertums zurückzuführen. Ihre seit dem Jahre 1928 vertretene Steuerpolitik hat nicht nur immer wieder eine rechtzeitige Sanierung der Reichsfinanzen verhindert, sondern auch schließlich zur Krise geführt, daß die Besitz Steuern gesenkt, die Massen Steuern erhöht, Löhne und Gehälter beträchtlich abgebaut sowie die Sozialausgaben erheblich eingeschränkt wurden. Das Ergebnis dieser Politik tritt — wie oft genug von gewerkschaftlicher Seite warnend vorausgesagt wurde — in der weiteren allgemeinen Verschlechterung der Finanz- und Wirtschaftsfrage deutlich in Erscheinung. Die schon vorher durch die Wirkungen der Wirtschaftskrise geschwächte Kaufkraft der arbeitenden Volksschichten hat eine weitere Herabminderung erfahren, was naturgemäß die Krise weiter verschärfen mußte. Dieses Fiasko ihrer Wirtschaftspolitik hat jedoch auf die Unternehmer und die hinter ihnen stehenden bürgerlichen Parteien keineswegs ernüchternd oder absäuernd gewirkt, treten sie doch weiter für ihre uneingeschränkte Fortsetzung, Vertiefung der Lebenshaltung durch Zölle, sowie weiteren Abbau der Beamtenegehälter ein, der neue Lohnabbaumaßnahmen bei den Arbeitern einleiten soll.

Daneben richteten sich ihre Angriffe in verstärktem Maße gegen die Arbeitslosen- und Sozialversicherung. Die Häufigkeit und Schärfe dieser Angriffe überbieten alles, was bisher von dieser Seite geleistet wurde. Wie nicht anders zu erwarten ist, strebt man dabei vor maßlosen Abtreibungen und Entstellungen nicht zurück. So wird z. B. die Arbeitslosenversicherung und die Sozialversicherung demagogisch als sozialistische Versorgungswirtschaft bezeichnet, die zu einer Überbeanspruchung des Reichs, der Länder und Gemeinden geführt habe und nicht mehr länger zu tragen sei. Entsprechend wird die Schuld an der vorhandenen finanziellen Misere lediglich den sozialen Leistungen zur Last gelegt und deren Herabsetzung gefordert. Reich, Länder und Gemeinden werden als sozialistische Versorgungsanstalten hingestellt, die für jeden Zahnschmerz, jede Kinderwindel, jede Wohnungsmiete,

Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Fritz Gleisner in Leipzig
Eingetretten: 21. Mai 1881 — Firma Herfurth & Co. in Leipzig.

jeden Lohnstreit zuständig sind — ohne daß ihren Leistungen eine Gegenleistung in Form einer Pflicht zur Arbeit gegenübersteht. Im besonderen richtet sich die Hege der Unternehmer und der ihnen nahestehenden Presse gegen die Arbeitslosenversicherung, von der behauptet wird, daß sie zum Ruin der deutschen Wirtschaft führe. Sie bietet keine Handhabe zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit, sondern vermehre sie mittelbar durch die untragbare Belastung der Wirtschaft. Helfen könne nur eine Änderung des bestehenden sozialen Fürsorgesystems mit weniger Versorgungsansprüchen, weniger steuerlichen Lasten, weniger Eingriffen in die freie Wirtschaft, mehr Bewegungsfreiheit, mehr Arbeitsmöglichkeit, mehr Selbstverantwortung!

Die heutige Sozialversicherung und soziale Fürsorge als sozialistische Versorgungswirtschaft zu bezeichnen ist ein recht alberner, zugleich aber auch im höchsten Maße verantwortungsloser Schwindel. Seine Urheber sind sich über die Folgen derselben entweder nicht klar oder wollen be-wußt darüber hinwegtäuschen. Nicht anders steht es mit den Behauptungen von den Wirkungen der sozialversicherungsrechtlichen Leistungen auf die Wirtschaft sowie die finanzielle Lage des Reichs, der Länder und Gemeinden. Dennoch bleiben diese läugerischen Behauptungen auf weite Bevölkerungskreise nicht ohne Eindruck. Ist es doch denn mit den einschlägigen Verhältnissen nicht Vertrauten nur schwer möglich, ihren schwindelhaften Charakter zu erkennen. Für diese Kreise muß es auffallend und unverständlich erscheinen, wenn ihnen vorgeführt wird, daß der Gesamtaufwand der Kranken-, Unfall-, Invaliden-, Angestellten- und Knappschaftsversicherung von 1913 mit 1271 Mill. M. im Jahre 1930 auf 4537 Mill. M. gestiegen ist, wozu sich noch der Aufwand der Arbeitslosenver-

versicherung mit rund 2750 Mill. M. gesellt, also eine Versicherungs-last von rund 7 Milliarden Mark aufzubringen ist. Das ist zweifellos eine ganz erhebliche Steigerung, die in der von der Unternehmensehre gegebenen Darstellung wohl den Anschein erwecken kann, als ob wir an einer Überpannung des sozialen Versicherungssystems leiden, auf diesem Gebiet zu viel geschieht, somit die Forderungen der Unternehmer nach einem Abbau der Versicherungsleistungen berechtigt sind.

Eine derartige Annahme ist jedoch vollständig falsch. Trotz des starken Anwachsens der sozialen Versicherungs- und Fürsorgeleistungen sind wir von einer sozialistischen Versorgungswirtschaft außerordentlich weit entfernt. Die Rentenleistungen sind bei allen Versicherungsweigen un-gemein niedrig, gehen sie doch bei der Invalidenversicherung durchschnittlich über 30 M. und bei der Arbeitslosen-versicherung über 70 M. monatlich nicht hinaus. Ferner ist es nicht an dem, daß diese Leistungen jedem zur Verfügung stehen. Ihre Gewährung ist vielmehr an ziemlich scharfe Voraussetzungen geknüpft, die einen Mißbrauch auf ein Minimum beschränken, wie die Tatsache beweist, daß alle Untersuchungen über in dieser Richtung behauptete Mißstände als Übertreibungen festgestellt wurden.

Nicht unerwähnt darf gelassen werden, daß die für die angeblide Überpannung der deutschen Sozialversicherung angeführten Zahlen- und Leistungsziffern der Jahre 1913 und 1930 miteinander gar nicht vergleichbar sind. Im Jahre 1913, das nebenbei in eine Periode wirtschaftlichen Aufschwungs fiel, während wir es 1930 mit einer Periode tiefer wirtschaftlicher Depression zu tun hatten, war die deutsche Sozialpolitik noch verhältnismäßig wenig entwickelt. Erst durch die Zwangswirkungen des Krieges er-laubte sie durch Ausdehnung der Versicherungspflicht eine erhebliche Erweiterung. Die Angestelltenversicherung trat eben erst ins Leben. Rentenanforderungen kamen für sie noch nicht in Betracht, und die Arbeitslosenversicherung wurde erst im Jahre 1927 geschaffen. Unrichtig und daher irreführend ist es ferner, wenn es so dargestellt wird, als ob die sich aus der Sozialversicherung ergebenden Leistungen von der Wirtschaft, dem Reich, den Ländern und Gemeinden aufzubringen sind und den Versicherten ohne Gegenleistung zur Verfügung stehen. Werden doch diese Leistungen mehr wie zur Hälfte von den Versicherten selbst bestritten. Lediglich der Rest fällt den Unternehmern und dem Reich zur Last. Aber auch hier sind an der Auf-bringung die Versicherten sowohl als Lohnempfänger wie als Steuerzahler weitgehend, wenn nicht gar ausschließlich beteiligt. Schaffen sie doch allein die Werte, aus denen die Unternehmern den auf sie entfallenden Beitragsteil be-streiten. Den versicherten Arbeitern und Angestellten wird also weder von den Unternehmern noch sonst einer Seite etwas geschenkt!

Nicht in Abrede zu stellen ist, daß sich die Beitragslasten der Sozialversicherung sehr erheblich vermehren. Das ist in der Hauptsache aber nur aus dem Grunde geschehen, weil das bis zum Ausbruch des Krieges aus den Beiträgen der Versicherten angesammelte Vermögen der Versicherungs-träger durch die Anzeigions- und Inflationspolitik der herrschenden Klasse einschließig der großkapitalistischen Unternehmer nahezu vollständig vernichtet wurde. Um diesen Verlust auszugleichen und die von den Versicherten wohlverordneten Ansprüche zu erfüllen, blieb gar nichts andres als die Erhöhung der Versicherungsbeiträge übrig. Die hieraus entstandenen Opfer haben zum größten Teil wiederum die versicherten Arbeiter und Angestellten tragen

Maisensitten und Maiegebräuche

„Pfinstern, das liebliche Fest, war gekommen; es grünt und blühten Feld und Wald, auf Hügel und Höhen, in Büschen und Hecken ertönen ein fröhliches Lied die neu ermunterten Vögel; jede Wiege sproßte von Blumen in blühenden Gründen, festlich heiter glänzte der Himmel und farbige die Erde.“ So leitet der Dichter Goethe sein Tieropfer „Meinete Frucht“ ein und jubelt damit der schönen Maienzeit zu. Noch viele andere Dichter haben den Mai besungen. Auch wir als Städter freuen uns auf den Monat, wo die Natur zu ihrem schönsten Fest rückt. Wieviel mehr aber mag sich da der Mensch auf jene Zeit des Mai freuen haben, der mit der Natur in einem viel engeren Zusammenhang stand als wir heute, der in seiner Nahrungsbeschaffung von den Naturgewalten abhängig war, der Mensch als Ackerbauer und Viehzüchter. Er weihte dem Mai seine schönsten Feste, und selbst als die christliche Kirche daranging, die heidnischen Länder zu erobern, da mußte sie sich dieser Liebe zur Natur beugen. Sie ließ dem Volk seine Feste und paßte sich diesen an, indem sie die alten Sitten und Gebräuche übernahm und sie auf christliche Gottheiten übertrug. So finden wir die meisten der alten Maieensitten und -gebräuche auf das Pfingstfest übertragen. Aber auch die Walpurgisnacht (die Nacht vor dem 1. Mai) und der Himmelfahrtstag bergen Reste des heidnischen Kultes in sich. Einige dieser alten Sitten und Gebräuche wollen wir hier betrachten.

Pfingsten, „Fest des heiteren Frohsinns, gleichwie alles draußen glüht und blüht.“ (Landestunde der Provinz Brandenburg, Teil III.) Kirche, Häuser, Höfe, Lünen und Fenster werden mit duftigen Maie geschmückt, wozu sich das frische Grün der Birze ganz besonders eignet. Diese Sitte ist später von den Städtern übernommen worden und hat sich bis auf den heutigen Tag erhalten. Auf die Wege und vor das Haus soll man Kalms und Blumen streuen. Nach neun Tagen wirft man die Zweige auf die Lenne, um die Mäuse fernzuhalten. Die Pfingstmaie dagegen bewahrt man im Hause auf gegen Blitzgefahr.

Am heiligen Pfingstabend knallten die Herdejungen mit den Weisthen im Entlang, um die bösen Geister des Winters zu verschrecken. Vor allen Dingen war das Pfingstfest ein Fest der Hirten. Das Vieh sollte zuerst auf die Weide. Am Pfingstmorgen suchten Knechte, Mägde und Kujungen ihr Vieh jeder zuerst auszutreiben. Die letzte Magd wurde verpöhtet und draußen vom Hirten mit Grün und Blumen ausgeschmückt. Die letzte Kuh oder der letzte Ochse bekam beim Heimtreiben eine Blumenkrone oder einen Kranz um die Hörner. Daher der Name „Pfingstkuh“ oder „Pfingstochse“, der sich in Redensarten, wie „Aufgedonnet wie 'n Pfingstochse!“ bis auf den heutigen Tag erhalten hat. Die erste Kuh bekam die „Dausleipe“ (Zauschleife) an den Schwanz gebunden, die auch „Dausfaja“ oder „Dausflöppa“ genannt wurde, denn sie barg den hezenvertreibenden Maientau. In diesem Wett-austrieb am Pfingstmorgen erkennt man die Reste eines heidnischen Opferfestes wieder, denn der Blumen schmuck, dem wir begegneten, war einst der Schmuck des Opfer-tieres. An anderen Stellen tauchte man aufstak des Kind-oppers ein Hammelopfer. So laugen im Kirchspiel Hohenstedt im Vireburgischen die Knaben beim Herumtragen oder Herumfahren des Pfingsthammels:

„Pfinstböt, Sawergart, Nookwelenstroß!
Zouken Johr (nächstes Jahr) ist of noch so.
Niwerververh.
Eier in de Wägl!
Eh, wat is nit? Pfinstböt hüß!
Nif Schwöf Eier und thein Wald Speck,
dat matt unten Pfinstböt fett,
Morgen fröh will we 'n Pfinstböt taken,
wüllt em mit de Been in de Lüten haken.“
(Aus Küd und Sohrene: „Nelle und Eptele des deutschen Landvolkes.“)
Ein anderer Teil des alten Maiefestes war das Holen des Maibaumes ins Dorf oder das Aufstehen der Maifange im Dorf. Dieser Maiebaum oder die Maifange wurde mit Bändern und Kränzen geschmückt und von der Jugend umtanzt. Die Gewinne wurden durch Werfen nach neun Kegeln gewonnen. Der Maiebaum bleibt, wo er heute noch üblich ist, vielfach bis Johanni stehen. Im Braunschweig-

ischen ist die Sitte weit verbreitet, daß die Burschen den unbefohlenen und verehrten Mädchen in der Nacht Birzenzweige oder Birzenbäume wie die Tär stellen, da-gegen den in schlechtem Leumund Stehenden eine Strohpuppe oder ein Bündel aus Dornenzweigen. Den Sinn des Brauches kann man wohl folgendermaßen deuten: Die Tugend grünt wie ein frischbelaubter Baum, wo sie aber fehlt, da verdorret und verdorrt der Baum. (Nach Küd und Sohrene, a. a. O.) Ursprünglich verehrte man wohl die in den Bäumen residierenden geistigen Gottheiten im Walde selbst und feierte auch das Fest draußen im Walde. So feiert man heute noch stellenweise in mittelrheinischen Gegenden am Pfingstmontag die sogenannte „Waldfahrt“. „Die Ortsbewohner scharen sich auf einer Waldwiese, auf mitgenommenen Bän werden Kuchen gebacken, und man singt, spielt und schmaust nach Herzenslust im Grünen.“ (Aus Küd und Sohrene.) Erst eine spätere Zeit holte die Bäume aus dem Wald ins Dorf und verlegte dorthin die Feter.

Walpurgisnacht. In der Nacht vor dem 1. Mai treiben die Hegen, d. h. Hagfrevlerinnen, besonders auf hochgelegenen Stellen ihr Unwesen. Man mußte sich vor ihnen schützen, indem man die Stalltüren betrugte und verschloß, Kräuter auf Hof und Steige treute und Besen quer über den Weg legte. „Im Boglande, wo schon in alter Zeit die Sorben mit brennenden Besen zur Verschreckung der Hegen ausjagen, begeben heute noch vielerorts am Walpurgisabend die Kinder, mit schußhörnern ausgerüstet, das „Besenbrin“ (Besenbrennen). Schon Monate vorher sammelt die Jugend die alten Besen, und mit Feuerzifer tummeln sich die Kleinen, die Besen in die Flammen tauchend und in der Luft schwingend, um die lodernden Feuer.“ (Aus Küd und Sohrene.)

Der Himmelfahrtstag war einst dem Donnergott Donar geweiht. An dem Tage durfte man nicht nahen, sonst wurde man vom Blitz erschlagen. Mit dem Blitz kam der „Donnakiel“ (Donnerkeil). Als solcher galten fingerförmige Gehirten (versteinerte Reste ausgestorbener Tiere) und durchbohrte Steinbeile. R i c h. K u n z e (Kotsdau),

müssen, die auch insofern beeinträchtigt wurden, als sich die Versicherungsleistungen bei weitem nicht in dem gleichen Maße steigerten wie die Höhe der Beiträge.

Wenn daher von den Unternehmern ein Abbau der Sozialleistungen gefordert wird, so bedeutet das nichts anderes, als daß die Versicherten von neuem in ihren Rechten verlehrt und um die schmale Existenzsicherung betrogen werden sollen, die sie in langen Jahren unter schwersten Opfern errungen haben.

Reparation und Weltverschuldung

Die angeblich schlechte Wirtschaftslage hat die Diskussion über die Reparationsfrage wieder stark belebt. Das ist kein Wunder, wo die öffentlichen Kassen immer leerer werden, während die notwendigen Ausgaben, hauptsächlich die zur Unterstützung der Erwerbslosen notwendigen Summen, stets weiter anschwellen.

Die Verteilung der langfristigen Auslandsanleihen



Man erstieht, daß mehr als die Hälfte der langfristigen Kredite von der sogenannten öffentlichen Hand aufgenommen wurden. Für alle diese Gelder müssen natürlich Zinsen an das Ausland gezahlt werden. Diese Zinsen, zusammen mit den Reparationszahlungen, belaufen sich auf über 3 Milliarden Mark jährlich.

Weil nun der Hauptteil an notwendigem Gold und notwendigen Devisen über den Weg der Warenausfuhr herbeigeholt werden muß, ist klar, daß durch solche Verschuldung an das Ausland von dem Schuldnerland ein bestiger Konkurrenzkampf um den Absatz auf dem Weltmarkt geführt werden muß.

Was erfordert unsere Zeit? Weltbürgerliches Denken vor allem! Das literarische Programm der Sächsiglobe Gutenberg enthält die besten Namen der Weltliteratur

Krieges gegen Deutschland in aller Welt aufgebracht wurde, ist natürlich schwer festzustellen. Aber 1000 Milliarden dürften sicherlich erreicht sein. Die Gegner Deutschlands nahmen große Summen auch im Auslande auf. Es zeigte sich nun bald, daß die Staaten diese ungeheure Schuldenlast niemals ohne Schädigung der Volkswirtschaft abtragen könnten.

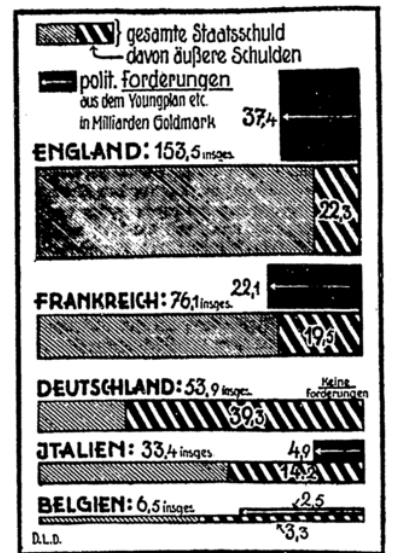
Diese Entwicklung wurde auch schon ziemlich frühzeitig erkannt. Und es waren insbesondere die ehemaligen Alliierten des Weltkrieges, die sich zu einer Revision der gegenseitigen Verschuldung zusammenfanden, wobei aber nur Südarbeit geleistet wurde, weil einer der Hauptschuldner — Deutschland — dabei nicht richtig eingeschätzt und entsprechend behandelt wurde.



Dieser Schuldennachschuß hat sich auch für die meisten der davon berührten Staaten vorteilhaft ausgewirkt. Gestört aber wird eine wirklich gesunde Entwicklung trotz dieser Regelung immer wieder dadurch, daß Deutschland mit seiner Reparations- und anderen Schuldenlast in einem unnatürlichen Verhältnis gehalten wird. Nun ist aber diese ganze Frage nicht etwa nur eine Frage der Revision des Reparationsplanes, die von dem guten Willen Frankreichs und Englands abhängig ist.

Das nachstehende Bild gibt hierüber am besten Aufschluß, wobei namentlich besonders betont sei, daß es sich hierbei nur um die rein politischen (Staats-) Schulden handelt. Diese Darstellung erhält am besten, wie hoch und offensichtlich die Politik der radikalen Kreise ist, die alles über aus der Tatsache der deutschen Reparationen ableiten und predigen, daß es sich dabei nur um Halsabschneiderei unfrz. 'Reinde' handelt, dem nur ein mächtiger und konsequenter Diktator ein Ende bereiten könnte. Es ist und

Innere und äußere Schulden



bleibt so, daß die Frage der weiteren Herabsetzung der Kriegsschulden hauptsächlich ein Problem der Verständigung von Volk zu Volk ist und nicht von forschen Staatsmännern und politischen Diktatoren. Gerade auf diesem Gebiete gibt es deshalb, besondere Aufklärungsarbeit zu leisten.

Das Buchgewerbe im Ausland

Schweiz. Die ordentliche Delegiertenversammlung (73. Generalversammlung) des Schweizerischen Typographenbundes findet am 6. und 7. Juni in Montreux statt. Außer den statutarischen Geschäften, die jährlich wiederkehren, stehen verschiedene Anträge auf der Tagesordnung, die eine teilweise Revision der Statuten der Arbeitslosenfrage bezwecken. Und zwar geht die Tendenz dahin, die Konditionslofenunterstützung zu erhöhen, bzw. die Statuten der Kasse den Bestimmungen des „Bundesgesetzes über die Beitragsleistung an die Arbeitslosenversicherung“ anzupassen.

Luzern. Neben Verbesserungen in der Ferienfrage mußten die Luzerner Buchdruckergehilfen gelegentlich der vorjährigen Tarifrevision einige Zugeständnisse

an die Prinzipalität in den Kauf nehmen, von denen die hauptsächlichsten die Erweiterung der Lehrstufklassen bzw. der beruflichen Vorbereitungszeit für die Junggehilfen darstellen. Die letztere Frage hat nunmehr eine Wenigung bekommen, mit der man im Jahre 1930 am wenigsten rechnen konnte. Gemäß dem neuen Tarif wurden die Löhne der jungen Gehilfen, die laut Abkommen vom Januar 1927 zeitweilig stabilisiert worden waren, in das Spiel der Indexziffer wieder einbezogen. Als Kompensation dafür war — auf einseitiges Begehren — die Lohnskala der Junggehilfen um ein Jahr erweitert worden, d. h. es wurden statt der bisherigen vier Jahre fünf Jahre in den Tarif eingeschrieben, während deren eine Unterminimumbeziehung an Junggehilfen gefaßt war. Die gegen Ende des Jahres 1930 eingehende allgemeine Wirtschaftskrise hat dem bisherigen Steigen der Indexziffer ein Ende bereitet. Es ist dies vielleicht die einzige gute Wirkung der Krisenerscheinung, die in allen übrigen Belangen für weite Kreise der Arbeiterschaft von verheerenden Wirkungen begleitet ist. Das Fallen der Indexziffer von ihrem Höchststande (912 Punkte) bis zu ihrer heutigen Notierung (708) bedeutet für die Buchdrucker-Gehilfen eine Lohnsenkung um 13 Indexabstufungen (2 zu je 3,50 bzw. 3,75 Fr., 11 zu je 2,50 bzw. 2,75 Fr.). Die Löhne der vier ersten Gehilfenjahre waren ab Indexziffer 730 zeitweilig von den nun folgenden Erhöhungen ausgeschlossen worden. Sie dürfen, laut Tarifvertrag, in Zukunft nicht um die eventuellen Beträge gekürzt werden.

Belgien. Untern 15. Mai veröffentlichte das Zentral-Komitee des belgischen Typographenbundes folgende Kundgebung: „Durch ein Rundschreiben vom 16. April haben wir unsere Mitglieder auf den Beschluß des Buchdruckerkongresses vom 12. April sowie auf die Notwendigkeit der Respektierung der Verbandsvorschriften aufmerksam gemacht. Wir sagen ihnen: Keinen Streik! Alle an die Arbeit! Am 24. April hat der Zentralvorstand in einem Schreiben den durch die Kongresse und die Zentralvorstände eingenommenen Standpunkt erneut eingeschärft. Er lautete: Für die gewerkschaftliche Disziplin! Für die Ehre! Für die Arbeiterinteressen! Der Spezialkongress vom 3. Mai hat mit 40 gegen 26 Stimmen, bei drei Enthaltungen, der illegalen Bewegung der Sektion Brüssel die Anerkennung und damit die moralische und finanzielle Unterstützung verweigert. Durch ein Schreiben vom 7. Mai benachrichtigte nun der Vorstand der Sozialgruppe Brüssel die Buchdruckermeister, daß er geneigt sei, in Beziehung auf die einzutreten, die geeignet seien, den Beschluß von individuellen Lohnverträgen herbeizuführen, eventuell durch Vermittlung der Brüsseler Prinzipalsorganisation einen Konkurs abzuschließen. Als Antwort darauf richtete die Brüsseler Prinzipalsorganisation an ihre Mitglieder eine Verkaufsbauung, worin es heißt, daß die Unternehmer es kategorisch ablehnen, mit einem Organismus in Verhandlungen einzutreten, dessen Führer die Beschlüsse ihrer Beauftragten mißachtet und einen Streik entfesselt haben, der vom ganzen Lande mißbilligt wird. Unter diesen Umständen steht der Zentralvorstand es als seine Pflicht an, die Mitglieder zu warnen vor der anormalen Lage, die durch die Brüsseler Gehilfenschaft geschaffen wurde. Es steht fest, daß wenn man den Beschluß von individuellen Arbeitsverträgen verweigert, eine nationale Garantie für deren Einhaltung nicht gegeben ist. Außerdem wird durch diese Maßnahmen die tarifliche Lage des ganzen Landes kompromittiert. Andererseits halten wir darauf, erneut zu unterstreichen, daß der Zentralvorstand für diesen illegalen Streik nicht verantwortlich ist, auch nicht für die unglückseligen Folgen, die er nach sich ziehen wird durch den Verlust von erworbenen Vorteilen und durch die lange Arbeitslosigkeit, die er für viele Kollegen im Gefolge haben wird. Es ist ein gewagtes Stück, bei den Brüsseler Druckern und Setzern auf eigene Faust eine Bewegung zu entfesseln, während im ganzen Lande gebührend Buchdrucker dem Streik fernsehen. Für eine solche Tat müssen die Zentralvorstände die Verantwortung ablehnen.“

Korrespondenzen

München. In unserer Bezirksversammlung am 26. April referierte unser zweiter Gauvorsitzer Ebert (München) über das Thema „Wirtschaftskrise und Arbeiterschaft.“ Seine klaren und hochinteressanten Ausführungen fanden gute Aufnahme. Der Antrag eines Kollegen auf Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages wurde vom Antragsteller wieder zurückgezogen. In der Aussprache wurde betont, daß ein außerordentlicher Verbandstag auch nichts an dem Schicksalspruch zu ändern vermag; es wird jedoch vom Verbandsvorstand erwartet, daß er alles versucht, die verlorene Position wieder zu erringen. Den Beschluß der Versammlung bildeten noch einige interne Angelegenheiten.

Bahnen. In unserer Versammlung am 25. April beschäftigte sich in der Hauptsache mit örtlichen Angelegenheiten. Heranzuhoben ist, daß der hiesige Ortsausgang in diesem Jahre ein Fest größerer Stiles plant: das Fest der Arbeit. Es wurde aus der Versammlung heraus gewünscht, sich ebenfalls sinngemäß mit einem Festwagen, dessen Ausgestaltung in nächster Versammlung besprochen werden soll, zu beteiligen. Der Hauptakt dieser Versammlung bildete die Ergründung zweier Jubiläe mit 50jähriger Mitgliedschaft, und zwar der Kollegen Gustav Henke und Gustav Schäfer. In seiner Rede hob Vorlesender Schäfer besonders die Verdienste beider Jubilare hervor und betonte, daß heute die Verbandsmittelschaft für die jüngere Generation eine Selbstverständlichkeit sei, zur Zeit des Eintritts beider Jubilare aber Überzeugungsarbeit und Kampfgeist erforderlich. Kollege Caspary widmete beiden Jubilaren ebenfalls anerkennende und ehrende Worte, zugleich an die jüngere Generation ernste mahnende

Worte richtend. Die Feier wurde durch Musikstücke, Absingen von Buchdruckerliedern und Ausführung des „Buchdrucker-Wettstreit“ würdig umrahmt. Sichtlich erglänzte dankten beide Jubilare und gebahnten in ihrer Rede mancherlei und heiterer Stunde ihrer Buchdruckerlaufbahn. Für die Geste des Verbandes, des Gau's und des Ortsvereins dankten sie besonders und richteten an die jüngere Kollegschaft ebenfalls mahnende Worte, zuletzt betonend, daß ohne Verband ihr Ruhezustand ein Werdstand sein würde. Zum Schluß überreichte Kollege Schäfer dem Ortsverein ein großes Bild, das die damaligen Angehörigen darstellt, die den Streik im Jahre 1896 beschloßen hatten.

Wettstreit (D.-S.). In unserer Versammlung am 3. Mai war leider nicht zu besuch, wie man es in Anbetracht der Tagesordnung gewünscht hätte. Der Kassenbericht meldete auch für das erste Quartal findende Einnahmen in der Ortskasse. Aus diesem Grunde muß auch das Blatt zum für die bezugsberechtigten durchreisenden Kollegen gekürzt werden. Unter „Mitteilungen“ gab der Vorsitzende ein Rundschreiben des Kreises IX des Deutschen Buchdruckervereins, betitelt „Technische Notiz“, bekannt. Aus nationalgeistes und nicht organisierten Gehilfen soll diese neue „Erfindung“ der Prinzipale gebildet werden, um bei tarifwidrigem (!) Vorgehen der Gehilfenschaft im Augenblicke gegebenenfalls in Aktion zu treten. Infolge Mitgliedschaft ist der fetten Überzeugung, daß durch unsere Verbandsinstanzen der Prinzipalität unsere Stellungnahme zu der Technischen Notiz einseitig klargemacht wird. Den Beschluß der Versammlung bildete ein Vortrag unseres Vorlesenden Klesch, betitelt „Entschädigungspflichtige Betriebsunfälle“. Einangriff streifte er den Zweck und die Ziele der Bundesbehörde des DGB, in Bernau, an welcher er einen vierwöchigen Kursus mitgemacht hat. In Hand von verschiedenen Entschädigungen des Reichsversicherungsamtes beleuchtete er dann das Kapitel „Betriebsunfälle“ und ging sehr eingehend auf die Entschädigung der Wegeunfälle aus dem § 545a der RVO, ein. Mit der Mahnung, auch bei ansehnlichen Verletzungen recht vorsichtig zu sein, und hinweisen, wie man sich im Falle eines Unfalles zu verhalten hat, schloß er seine interessanten und lehrreichen Ausführungen.

F. Breslau. Bei Beginn unserer Versammlung am 27. April gedachte Vorlesender Sporn des 60jährigen Verbandsjubiläums unseres Kollegen Paul Braune. Er dankte dem Jubilat für seine Verbandsarbeit und stellte ihn dem erstmalig anwesenden jugendsgelernten Kollegen als leuchtendes Vorbild hin. Kollege Braune, der der Senior unseres Ortsvereins, dankte für die Ehrung und gab einen Rückblick über die Entwicklung der Technik im Buchdrucker-Gewerbe, die er in seiner Buchdruckerlaufbahn mit erleben durfte. Leider aber hat sich diese Verbesserung zum Schaden der Gehilfenschaft ausgewirkt, und es teilt seine Festrede, wenn er an die Opfer der Rationalisierung, an die ungeheure Zahl von Arbeitslosen denkt. Mit „Lord Tolstoi“ leitete der Gesangsverein „Gutenberg“ zum nächsten Punkt „Aufnahmen“ über. Zwanzig Jungkollegen wurden in die Vorkolonisation übernommen und vom Kollegen Sporn mit anfeuernden Worten begrüßt. Die jedem drohende Arbeitslosigkeit zwinge in heutiger Zeit mehr als je, regen Anteil am Verbandsleben und Gewerkschaftsleben zu nehmen. Die Sparten, der Gesangsverein „Gutenberg“ und die Arbeiter-Sport- und Kulturbewegung böten jedem Gelegenheit, Erholung und Fortbildung zu finden. Die Kampflieder „Brüder zur Sonne“ und „Wann wir schreiten“ beschlossen diesen festlichen Akt. Dann ergriff Kollege Keim das Wort zum Hauptthema der Versammlung: „Arbeitszeitfragen“. Einleitend wies er auf den Stand der Verhandlungen hin, die gegenwärtig im Reichsarbeitsministerium zwecks Einführung der 40-Stunden-Woche gepflogen werden. Trotz wochenlanger Dauer ist bis heute noch keine Lösung gefunden worden. Es ist bezeichnend, daß nicht nur die freien Gewerkschaften die 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich bekämpfen, sondern auch die Kreise, die dem Reichsgewerkschaftsbund nahesteht. Besonders aber sind es westdeutsche Zentrumszeitungen, die gegen eine derartige Politik Sturm laufen. Die erste Lohnabnauwelle hat unsere Lebensstandards gedrückt, daß ein weiterer Vbhaun nicht tragbar ist. Unsere Forderung lautet daher: Staat und Unternehmer teilen sich in den Lohnausfall auf Konto der Ersparnisse in der Erwerbslosenfürsorge. In einer Korrespondenz zwischen Engels und Marx aus dem Jahre 1882 heißt es: „Man solle sich hüten, vom Walfhundebart mehr zu erwarten, als er bringt. Eine Einstellung von Erwerbslosen wird nicht erfolgen und die kapitalistische Arbeitsweise wird bestehen bleiben.“ Diese Worte haben auch für die jetzigen Bestrebungen Gültigkeit. Man sieht das Allheilmittel in der 40-Stunden-Woche und macht dem Arbeitslosen große Hoffnungen. Aber die Geschichte lehrt, daß die Verkürzung der Arbeitszeit immer der Entwicklung nachhinkt. Wenn sich der Kapitalismus jetzt bereit erklärt, die 40-Stunden-Woche einzuführen, dann ist es nicht der Wunsch, dem Arbeitslosen zu helfen, sondern es ist die Angst, daß der gegenwärtige Zustand zu jähren Revolutionierung der Arbeiterschaft führen könnte. Ein großer Feind der Brüning-Regierung ist die Verknüpfung der wichtigsten Industrie, der Bauindustrie. Durch Reduzierung des Bauprogramms um 125 000 Neubauwohnungen legt man mindestens 500 000 Menschen aufs Straßensplanter, die Kaufkraft wird gesenkt und Missetaten in andern Industrien hervorgerufen. Die ganze Sparmaßnahme hat nur den Zweck, die Arbeiterschaft physisch und physisch müde zu machen, um dann ungehindert den Faschismus in verschleierter Form einzuführen. Nicht die 40-Stunden-Woche, nicht der Lohnabbau können die Krise beenden, sondern nur die Umwandlung der Profuturwirtschaft in Planwirtschaft. Die jetzige Krisenerscheinung hilft der Redner für die letzte den Kapitalismus und es schloß sein Referat mit der Aufforderung, sich mit allen Mitteln für die Einführung des Sozialismus einzusetzen. Reicher Beifall lohnte dem Redner für sein ausgezeichnetes Referat. Als erster Disquisitionsredner meldete sich der oppositionell eingestellte Kollege Heinrich, der aber wenig oder gar nicht auf den Vortrag einging und nur seine üblichen Hezreden gegen Gewerkschaftsführer und SPD, vom Stapel ließ. Als ihm Kollege Sporn entgegen trat und ihm an Hand von Beispielen die Theorie und Praxis der RVO entgegenhielt, vertieg sich Kollege Heinrich zu dem Zwischenruf, Sporn habe überhaupt keine Theorien. Kollege Sporn dankte schlagfertig für dieses

Kompliment und stellte fest, daß er sich auch in der Zukunft nicht von Theorien leiten lassen wird, sondern immer praktisch das für die Kollegen herauszuholen wird, was nach Lage der Dinge möglich ist. Mit aller Schärfe und unter einmütiger Zustimmung der Versammlung wies Kollege Paul den Artikel des Stuttgarter Kollegen im „Korr.“ zurück, der die Wählerkürzung der Vereine bezweckt, die sich der Düsseldorf-Resolution angeschlossen haben. Nachdem noch die Kollegen Hansche, Kappler, Bolte und Kapt für ihre Meinung zum Ausdruck gebracht hatten, hielt Kollege Keim das Schlußwort und lärtete alle Bedenken, die sich in der Diskussion gegen die 40-Stunden-Woche geltend gemacht hatten. Drei von den Kollegen Heinrich und Gerhard eingereichte Anträge wurden mit allen gegen zwei bzw. drei Stimmen abgelehnt. Eine Resolution derselben Kollegen enthielt eine Anzahl schwerer Beleidigungen unfrer Gewerkschaftsführer und wurde daher dem Orts- und Gauvorsitz vor gemeinsamen Stellungnahme überwiesen. Die Mitgliedschaft Breslau bekundete damit, daß sie nicht mehr gewillt ist, sich von zwei oder drei Mann die Versammlungen verzeihen zu lassen und erwartet geeignete Maßnahmen, die solche Vorkommnisse in der Zukunft verhindern.

Chemnitz. In der diesjährigen Bezirksversammlung fand am 3. Mai hier statt und war von etwa 270 Kollegen besucht. Der Besuch aus dem Bezirk war zufriedenstellend, der aus Chemnitz dagegen schwach. Aus Annaberode waren 22 Kollegen erschienen, die vor der Versammlung eine Besichtigung der Chemnitz „Vollstrome“ durchführten. Bezirksvorsitzender Wangelin eröffnete die Versammlung mit einem ehrenden Nachruf für den kürzlich verstorbenen und weit über unsern Gau hinaus bekannten Kollegen Hermann Krasser (Zwidau). Landtagsabgeordneter Kauffmann (Zwidau) sprach Johann über „Faschismus und Gewerkschaften“. Sein anderthalbstündiges Referat wurde von der Versammlung mit vollem Interesse entgegengenommen und gab ein Bild der gegenwärtigen Krise des Kapitalismus und des Westens derselben, mit Hilfe willfähriger Prätorianergarden das Feld zu behaupten. Diese „Funktion des Kettenhundes“ dieser Partei der Pringen, Admirale, Generale und des bankrottten Mittelstandes verstand der Redner in teilweise humoristischer Mißdeutung anschaulich zu machen. Seit dem Vorkriegsstand mit Stauß tritt die Judenbesetzung immer mehr in den Hintergrund, und schluß an den Zuständen in Deutschland ist nunmehr der böse Faschismus, in vollständiger Umkehrung der wirklichen Verhältnisse. Treffend verglich der Redner die Nazis mit politischen Kurfürstern à la Meißenberg. Auch Italien, wo der Faschismus in Reinkultur blüht, leidet schwer unter der Weltkrise des Kapitalismus und trotz der faschistischen Methoden der Arbeitslosenzählung, besteht große Arbeitslosigkeit. Die vorgeführten Proben Hitlerger „Herenmoral“ und das derülene Führertum der Akademiker, die dann in „Dritten Reich“ ihr soziales Examen ablegen werden, wird wohl den deutlichen Arbeitern wenig anfallen, wie ja auch die Richtlinien für die Betriebsratswahlen seitens der Nazis wenig Erfolg hatten. Erfreulich war es zu hören, daß Hitler in seinem eignen Betrieb den Kürzeren gezogen hat. Der Redner schloß unter großem Beifall mit den Worten: Es gilt, den Schutt der Vergangenheit, auf dem diese Unkraut wuchern konnte, wegzuräumen, um zu einer besseren Gesellschaftsordnung zu kommen. In der Aussprache über das Referat übte Kollege Braunham Kritik an der Toleranz der SPD gegenüber der Brüning-Regierung, wodurch der Faschismus nur gekräftigt worden sei, und wies dann das Eingetisthorn, Kagler als alter invalider Kollege wies darauf hin, daß leider die Arbeiterschaft immer in zwei Teile gespalten war. Mit ähnlichen bildungen wie der Hitlerpartei sei die Arbeiterschaft jedoch schon in Vorkriegszeiten fertig geworden und sie könne diese Gefahr auch jetzt durch Einigkeit überwinden. Die Jugend müsse das Werk der Alten fortführen. Kollege Stockhausen führte aus, daß die Weltkrise Umwandlungen geschaffen habe, die den Endkampf um den Sozialismus bedingen. In seinem Schlußwort ging Landtagsabgeordneter Kauffmann auf die Korredner ein und sagte, daß die Nazis hauptsächlich durch die gefällige Kampfmethode der RGO großgeworden sind. In ihre Aufgabe muß es sein, dem rasenden Tempo der Entwicklung zu folgen, Aufklärung unter die Arbeiterschaft zu bringen und den Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit zu führen. Wir müssen den Sozialismus auch den Indifferenten nabehringen, wenn wir zum Ziele gelangen wollen. Unter „Bezirksangelegenheiten“ richtete Gauvorsitzer Dertel noch kurze Worte an die versammelten Kollegen, die leicht aufgenommenen Statistk, die Betriebsratwahlen und das Organisationsverhältnis der Hilfsarbeiter betreffend. — Von 2 bis 6 Uhr nachmittags tagte eine Ortsvorsitzerkonferenz des Chemnitz Bezirks, in der die Ortsvorsitzer über die tarifliche und organisierte Lage in ihren Orten Bericht erstatteten und längere Ausführungen des Gauvorsitzers Dertel entgegennahmen. Außerdem fand eine Lehrstufleiterkonferenz des Bezirks statt, deren Vorsitz Gauvorsitzender Schäfer führte.

Dortmund. (Maschinensetzer.) Am 3. Mai fand unsere Quartalsversammlung hier ziemlich gutem Besuch statt. Nach Verlesung eines Rezitalars der Zentral-Kommission, das sich mit dem Schiedspruch befahte, wurden örtliche Verhältnisse besprochen. Vorlesender Baader machte darauf aufmerksam, daß das Anlernen an der Maschine während der Ferienzeit eigentlich unterbleiben müsse, damit die Ausschiffen während der Ferien mit konditionslosen Maschinenlehren besetzt werden könnten. Für den Kassenbericht wurde dem Kassierer Necks Entlastung erteilt. Den Bericht von der Rechenschaftskonferenz in Düsseldorf gab Kollege Wohlfarth. Er fand mit seinen Ausführungen bei der Versammlung volles Verständnis. Anfang Juni findet hier ein Rechenschaftsstat, zu dem rege Beteiligung erwartet wird. Die Überzeugung der von der Metzgerischen Schmalzfabrik gestifteten, künstlich ausgeführten Uhrzeitel an eine Reihe von Kollegen läßt allgemeine Überraschung aus. Die Versammlung sprach der Geschäftsleitung der Metzgerischen besten Dank aus.

Freiburg i. Br. (Maschinensetzer.) Am 3. Mai hielt die Oberheinische Maschinensetzervereingung hier ihre 28. ordentliche Generalversammlung ab. Am 2. Mai ging eine Konferenz der Bezirksvorstände der Gauvereinigung voraus. Zweck derselben war, sich über organisierte, tarifrechtliche und interne Angelegen-

heiten, die bei Behandlung in der Hauptversammlung zwei Zeit beanspruchten, in engem Kreise zu beraten und so das Arbeitspensum des Minens zu reduzieren. Die Generalversammlung selbst fand einen schönen Auftakt durch einen gelungenen Liebesvortrag des Gesangvereins „Typographia“, für den herzlich gedankt wurde. Vor Eintritt in den geschäftlichen Teil konnte Vorsitzender Hermann Müller eine stattliche Anzahl Gäste begrüßen, so den neuen Vorsitzenden der Zentralkommission der Schweizerischen Maschinenleger, Kollegen Masche (Basel), ferner die Schweizer Kollegen Trunt und Kubin. Daß der Vorsitzende der Baseler Maschinenlegervereinigung, Kollege Frudis, als alter Freund nicht fehlte, ist bei uns längst Selbstverständlichkeit. Die Kollegen aus Elßig-Bohringen hatten sich schriftlich entschuldigt, da sie ein außerordentliches Kongreß in Milhausen am Erntehofen verhielten. Von unseren einzelmissionen Funktionären besuchten uns mit ihrer Anwesenheit unser Gauvorsteher Sandfort, Bezirksvorsteher Seherer mit einigen Vorstandskollegen, während die Sparten ihre Vorsitzenden oder deren Vertreter entsandt hatten. Die Kollegen Masche und Frudis richteten herzliche Worte an die Versammlung, dabei den Solidaritätsgebeten betonend, der vor den Grenzpfählen nicht haltmachen dürfe, wie dies auch das im Juni in Basel stattfindende Internationale Johannistfest beweisen werde. Vor Eintritt in die Beratungen ehrten die Anwesenden das Andenken eines verstorbenen Kollegen. Der gedruckt vorliegende Jahres- und Kassenbericht wurde vom Vorsitzenden bzw. Kassierer bis zum Versammlungstage ergänzt, dabei auch die Tätigkeit der Rechnungskommission entsprechend gewürdigt. Die beantragte Entlastung des Kassierers wurde einstimmig mit Dank erteilt. Anschließend nahm der Vorsitzende die Ehrung unser Jubilare vor. Ein Altschülerbande an deren Plätzen deutete Galkus, die Verlesung an. Die Kollegen Friedrich Galkus, Hugo Hallmann, Fridolin Jahn (Freiburg) und Joseph Keller (Willingen) wurden nach erbotenen Worten des Vorsitzenden für 25jährige und längere Mitgliedschaft und Mitarbeit mit einer Ehrenprobe der Vereingung bedacht. Auch die Merzentfahler Sehmalschneidfabrik ließ ein Geschenk überreichen. Eine weitere Ehrung wurde anschließend unserm Vorsitzenden Müller zuteil. Im Berichtsjahr kann dieser auf eine 25jährige Tätigkeit im Vorstand zurückblicken. Diese entfallen je zur Hälfte auf Kassierer- und Vorsitzendentätigkeit. Durch Aberzweigung einer Schreibergarnitur mit Widmung wurde ihm unser Dank und unsere Wertschätzung zum Ausdruck gebracht. Unter „Mitteilungen“ erfolgte neben dem Bericht von der vorausgegangenen Vorbereitungsfeier die Erörterung lokaler Begebenheiten. In einem kurzen Referat: „Was tut uns not?“ streifte sodann der Vorsitzende in rückfälligen Betrachtungen den Gang der Lohnpolitischen Verhältnisse und die Entwicklung der Arbeitslage seit Beendigung des Krieges, über Revolution, Inflation, Konjunktur 1925/26 hinweg bis in die Jetztzeit mit ihren trüben Erscheinungen wie geküßelter Lohnabbau (ohne Ausgleich im Preisabbau), veräußerte Leistungszulagenabbau, rapider Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Bei allem Verdänsnis für die Nöte des einzelnen leidet Raubzeit und Gleichgültigkeit jedoch nicht am Plage. Nur engere Zusammenhalt und Einheit können die Schlussfolgerung aus den gegenwärtigen Verhältnissen sein. Bei den Situationsberichten aus den einzelnen Bezirken bewegte sich die Aussprache auf der Hauptsache auf dem Gebiet des Lohn- und versuchten, zum Teil auch gelungenen Leistungszulagenabbau. Bedauernd wurde besonders, daß auch Konzentrationsbetriebe (SWD.) sich dem Abbau angeschlossen haben. Zwangsläufig über den Rahmen der Situationsberichte hinaus wurden zum Teil impulsive Ausführungen über die Lohnpolitik und Vertützung der Arbeitszeit gemacht, wobei auch kritische Betrachtungen über die Taktik des Verbandsvorstandes angestellt wurden, die Rede und Gegenrede ausließen. Nach Beendigung der Debatte legte der Gesamtverband seine Ämter nieder. In der anschließenden Neuwahl wurde Wiedererlebung des alten Vorstandes per Akklamation beantragt, wofür ein Zeichen, daß dieser zur Zufriedenheit gearbeitet hatte. Nachdem so geschlossen wurde in der Tagesordnung fortzuführen. Als nächstjährigen Tagungsort setzte man provisorisch Trüben fest, da die derzeitigen Rassenverhältnisse ausschlaggebend sind. Mit einem kurzen Schlußwort des Vorsitzenden, der dem Wunsch auf baldige Wiederkehr besserer Zeiten Ausdruck gab, hatte die offizielle Tagung ihr Ende erreicht. — Anschließend fand ein gemeinsames Mittagessen statt. Der Nachmittag vereinigten die Kollegen nochmals bei Tanz und weiteren Vorträgen des Kollegen Söhl (Freiburg) zu einem Abschiedsschoppen im „Korneschop“.

Galle a. S. In der Versammlung am 21. April hatte einen Lichtbildvortrag des Kollegen Wittke auf der Tagesordnung. Der Referent behandelte den Südzug mit allen seinen Reizen. Nachdem der Vorsitzende unter „Mitteilungen“ den Stand des Arbeitsnachweises bekanntgegeben hatte, richtete er die ungenügende Beteiligung der Arbeitslofenkommissionsmitglieder an den Sitzungen derselben. Ferner wies er darauf hin, daß es den Bemühungen des Ortsauschusses gelungen ist, den Erwerbslosen billiges Brot und Kartoffeln zu beschaffen. Er zerstreute dabei die Bedenken, daß die angeführten Artikel quantitativ und qualitativ nicht gleichwertig seien. Anschließend daran wies er auf die am 27. und 28. Juni stattfindende Wanderversammlung der Berliner Bezirksabteilung mit folgender Wasserfahrt nach Wetzlin hin. Die Vorbereitungen hierzu sind bereits in Angriff genommen. Es muß selbstverständlich Pflicht der Buchdrucker und Kollegen von Halle sein, diese Veranstaltung nach besten Kräften zu unterstützen. Kollege Kienke a. h. I. gab noch Kenntnis davon, daß die diesjährige Bezirksversammlung am 2. August in Eisenles stattfinden wird. Hierauf ergriß Kollege Dreßler das Wort und schilderte in längeren Ausführungen die raffinierten Schliche und Trüben der Geschäftsleitung der kommunistischen Produktiv-Buchdruckerei („Klassenkampf“) in der Klage der Kollegen Korn, Zimmermann und Roth. Hatte es doch der hergeläufene Nationalisierungsdirektor Kauerhof fertiggebracht, das gesamte Eigentum des Unternehmens, das die Halleische Arbeiterschaft unter Aufzweigung aller nur denkbaren Opfer geschaffen hat, bereits seit über einem Jahr weit wertvollen Herren (aus der Schweiz) vertraglich zu übereignen. Damit glaubte man die Ansprüche der Kollegen zu unterbinden. Aber — weit gefehlt, ihr Herren Verantwortlichen dieses

kommunistischen Unternehmens, auch wird noch klargemacht werden — und das mit Recht —, daß die Kollegen nicht so mit sich spielen lassen, wie ihr schon mit einem Teil eurer gutgläubigen Nachläufer gespielt habt. Ihr werdet allen noch im rechten Licht erscheinen, und dann wird man euch zeigen, wo Barthele den Most holt. Sodann wurde das Mitteilungs Vorber ausgelesen wegen arbeiterfeindlicher Betätigung bei der Sturmabteilung der Nazi. Wie alljährlich, so entspann sich auch diesmal eine rege Diskussion über die Maßfeier. Sie fand ihren Ausgang mit dem Dringenden Appell, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu begehen.

Sildesheim. In der Versammlung am 3. Mai hatte einen kurzen Besuch aufzuweisen. Alle Bezirksorte, außer Siedel, waren vertreten. Nach Begrüßung durch den Vorsitzenden Freutel übermittelte Kollege Lieber vom Gauverband dessen Grüße und wünschte der Tagung einen guten Verlauf. Einleitend fand die Aufnahme der Neuausgewählten in unzer Reihen statt. Unter „Bereinsmitteilungen“ gab der Vorsitzende bekannt, daß der Bezirk zur Zeit 68 Kollegen arbeitslos sind. Zum gedruckt vorliegenden Jahres- und Kassenbericht wurden einige Ergänzungen gegeben. Der Mittelstand hat sich im verflochtenen Jahre von 351 auf 367 erhöht. Aus dem Kassenbericht war ein Bestand von 242 M. zu erkennen. Der Vorstand wurde in der bisherigen Zusammensetzung mit Kollegen Freutel als Vorsitzenden einstimmig wiedergewählt. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete das Referat des Bezirksreferenten Brenecke (Hannover) zu dem aktuellen Thema: „Der Kampf um die Sozialgesetzgebung“. Der Referent vertrat es, in kurzen Zügen die Anfänge der Sozialgesetzgebung und ihren weiteren Ausbau sowie die Selbsthilfe der Gewerkschaften auf diesem Gebiet zu schildern. Rege Aufmerksamkeit während des Vortrags und reicher Beifall am Schluß befohlen den Redner. Die Berichte aus den Bezirken zeigten sich als zufriedenstellend, wenn auch verschiedentlich gegen Aberzweigung eingeleitet werden mußte. Die Versammlung stimmte dem Vorschlag des Vorstandes ab, die Herbst-Bezirksversammlung ausfallen zu lassen. Am 4. Oktober dieses Jahres begehrt unser Ortsverein sein 60jähriges Stützungsfest. Am allen Bezirkskollegen Gelegenheit zu geben, an der Feier teilzunehmen, beschloß die Versammlung, das Festgeld aus der Bezirkskasse zu vergüten. Einige interne Angelegenheiten bildeten den Schluß der Versammlung.

Münchberg. In der Versammlung am 20. März wurde zunächst das Gedächtnis von fünf seit der letzten Versammlung verstorbenen Kollegen in der üblichen Weise vollzogen, einige geschäftliche Mitteilungen zur Kenntnis genommen und einem Protest gegen ein neuerliches Verbot der hiesigen kommunistischen Zeitung einstimmig zugestimmt. Dann behandelte Kollege Södnere in einem Vortrag die gewerkschaftlichen Streitfragen, die zur Zeit alle organisierten Arbeiter interessieren: Lohnabbau, Verminderung der Arbeitslosigkeit, Doppelverdienerebelleigung, Arbeitsdienstpflicht, Arbeitszeitverlängerung usw. Er schilderte dabei die unwirksamen Maßnahmen, die von den in Frage kommenden Stellen in allen diesen Dingen vorgeschlagen wurden, und die Stellungnahme des ADGB dazu. In der Aussprache wurde von einem Redner vor allem Einführung der Fünf-Tage-Woche verlangt und dann auch ein viel fruchtbarer Abbau bei den hohen Beamtengehältern, bevor man immer beim Arbeiter so energig auf dem Lohnabbau beginne. Der zweite Redner verwies auf verschiedene Beamtenkategorien, die nicht besser daran seien als die Arbeiterklasse, und diese empfanden die Gehaltskürzung ebenso als unzulässig. Alle die vorgeschlagenen Mittel zur Lösung der Arbeitslosenfrage seien nichts, die Sineintragung des ADGB-Kampfes in die Betriebe brächte vielleicht Besserung. Der Referent bemerkte demgegenüber im Schlußwort, daß die Verhältnisse im ganzen Reich zeigen, bei allen Verbänden, daß mit all dem so viel gesprochenen ADGB-Mitteln und mit dem bloßen Regieren aller unternehmenden Schritte der Gewerkschaften und Arbeiterpartei-Vertretungen nichts gebessert werde, sondern nur durchführbare praktische Vorschläge können zum Nutzen der Arbeiterschaft Abhilfe schaffen. — Der ordentlichen Generalversammlung am 24. April ging eine Ehrung der Kollegen Artur Köbel und Hugo Treffurth für 60jährige Verbandsmitgliedschaft voraus. Der Buchdrucker-Gesangverein leitete diese Ehrung mit einem Chorvortrag ein, worauf Vorsitzender Södnere den beiden Jubilaren unter herzlichsten Glückwünschen des Zentral-, Gau- und Ortsverbandes das übliche Geschenk überreichte. Er hob dabei die eifrige Tätigkeit der beiden Kollegen für die Organisation hervor und richtete an die jungen Kollegen die Bitte, das was die alten Kollegen unter großen Opfern geschaffen haben, zu erhalten und auszubauen. Vorträge des Buchdrucker-Gesangvereins schlossen die kurze Ehrung ab. Hierauf wurde in die Beratung der zehn Punkte umfassenden Tagesordnung eingetreten. Nach Kenntnisnahme von 25 Überritten aus der Bezirksabteilung und Zustimmung zu drei sonstigen Aufnahmen kam ein Antrag auf Ausschluß von vier Kollegen nach § 10 Absatz b zur Beratung. Die Betreffenden hatten sich, trotz der ausgiebigsten Aufführung, in einem großen Betrieb als Kandidaten auf eine ADGB-Liste und eine Parlamentarierliste bei den Betriebsräteahlen stellen lassen. Vorsitzender Södnere leitete die Aussprache mit Feststellung der Tatsachen und Hinweis auf Vorstandsbeschlüsse, Gauvorsteherkonferenz- und Verbandstagsbeschlüsse ein und bemerkte, daß der Verband bisher gewiß tolerant gegenüber der politischen Einstellung seiner Mit-

glieder verfahren sei, solange eine Zerstörung der Gewerkschaft nicht das Zeitmotiv gewesen sei. Was aber jetzt versucht werde, sei organisationsgebändigend, und dem müsse entgegengetreten werden. Für jeden Deutschen sei es ohnedies einleuchtend, daß man nicht zugleich einem Verbandsangehörigen könne und gleichzeitig einem Gebilde, das sich zum Ziele setze, diesen Verband zu zerstören. Kollege Frudis h. h. y. als Sprecher der Auszuschließenden schilderte den Werdegang der Listenaufstellung in dem Betrieb und brachte vor, daß ihn die Vorgehens auf gewerkschaftlichen und politischen Gebiet in der letzten Zeit dazu veranlaßt hätten, einmal zu verfahren, der gewerkschaftlichen Tätigkeit einen neuen Kurs zu zeigen. Dazu seien aber auch Kampfnaturen notwendig, und diese zu schulen, sei nur auf dem Wege über die ADGB-Betriebsräte möglich. In eine Zersplitterung der Gewerkschaften habe er bei seinem Schritt nicht gedacht. Kollege Södnere am nun aus dem fraglichen Betrieb konnte die Getratore dieser Kollegen nicht begreifen und hält deren Verhalten für unzulässig, nachdem sie sich auch auf die Kollegen dort stützen, die aus dem Verband ausgetreten sind, wegen der Getratoreträge. Kollege Sauter kam nach Schilderung der Zustände auf Grund der Notverordnungen zum Schluß, daß nur im Betrieb von Mann zu Mann für einen richtigen Kampf gegen das kapitalistische System gewonnen werden könne und daß eine gewerkschaftliche Front gebildet werden müsse, die sich gegen Lohnabbau usw. wende, wenn die Führerschaft die alte Tradition nicht verlasse. Und diese Front sei die ADGB. Sie wollten zwar nicht die Sprengung, werden aber eventuell die Ausgeschlossenen sammeln. Eine von ihm eingeleitete Entscheidung deckte sich mit seinen Ausführungen und protestierte gegen eine Ausschließung des Kollegen Frudis. Kollege Bertel stellte fest, daß mit der Taktik der Kommunisten im politischen und wirtschaftlichen Leben auch nichts zu ändern ist, was sie ändern wollten, denn der Unverstand der Massen bei den letzten Wahlen habe doch eine Situation geschaffen, die keine Partei allein meistern könne. Alles mögliche wurde vom ADGB. Verjucht, die Interessen der Gesamtarbeiterschaft wahrzunehmen, wenn aber die Angehörigen der ADGB. so schlechte Beispiele im Punkt der Arbeitszeitverlängerung geben, wie sie dies in vielen Betrieben getan haben, indem sie bis zu 64 Stunden selbst ohne richtige Bezahlung arbeiteten, dann passe dies nicht mit der sonstigen revolutionären Gesinnung zusammen. Frudis wurde auf der Gewerkschaftsliste ein ausichtsreicher Posten angeboten, den er aus politischen Gründen ablehnte. Die Organisation dürfe kein Spielball für politische Treiberer werden. Die Kollegen Grundmann, Reif, Dittenhöber, Splittendorf wandten sich in kurzen Ausführungen gegen den Antrag auf Ausschluß, während Kollege Köhler betonte, daß anscheinend die Richtlinien der ADGB. darauf hinauslaufen: Geh weg, laß mich hin. Einheit im gewerkschaftlichen Kampf wäre sicher in der jetzigen Zeit notwendiger als die Zersplitterungsarbeit der ADGB., die ja in vielen Gewerkschaften schon von Anfang an zum Scheitern verurteilt war. Kollege Södnere betonte, daß der Verband den Zerstörern bisher größte Schonung angedeihen ließ, trotzdem sie ihn und dessen Führer in unwahrscheinlichster Art in ihren Blättern herunterzerrten. Die Vorformnisse in verschiedenen ADGB.-Betrieben seien jedenfalls etwas anderes als gewerkschaftlicher Kampf gegen das Unternehmertum, das sich freudig über die Ausschließung des Betriebsrätegesetzes durch die Arbeiter selbst. Trotz aller Versicherungen sei das Treiben der ADGB. nichts als eine Zersplitterung jahrzehntelanger Gewerkschaftsarbeit. Wer sich dieser widmet, sollte eigentlich selbst die Konsequenzen ziehen. Die dann folgende Abstimmung ergab den Ausschluß der Kollegen Gert und Sachsberger, dagegen wurde der Ausschluß der Kollegen Frudis und Bren abgelehnt. Die Beschlüsse wurden gegen große Widerstreiten gefaßt.

Plauen i. B. Am 26. April fand hier unsere Bezirksversammlung in unzer statt, die sich eines guten Besudes erfreute. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Gauvorsteher Dertel (Chemnitz) in herzlichsten Worten des Kollegen Oberhoff (Greiz), der sein 60jähriges Verbands-jubiläum begehen konnte, und begrüßte ihn im Namen des Verbands- und des Gauverbandes. Des weitern begrüßte er die Kollegen des Thüringens Schleiz, die bis jetzt dem benachbarten Gau Thüringen angehört und wegen der ungünstigen Verhältnisse vertrieben unsern Gau zugewandert wurden. Kollege Södnere schloß sich den Ausführungen des Gauvorstehers im Namen des Bezirks an. Zu Ehren des verstorbenen Kollegen Leonhardt (Plauen) erhoben sich die Anwesenden von den Plätzen. Man nahm Landtagsabgeordneter Kollege Kauhsh (Zuidau) das Wort zu seinem Referat über „Faschismus und Gewerkschaften“. Er betonte, daß die Nationalsozialisten gar nicht bedacht hätten, unsere Gesellschaftsordnung von Grund auf neu aufzubauen; sie erstreben nur eine Änderung der Fassade. Den Inhalt des gegenwärtigen Staates zum Vorteil der Arbeiterschaft umzuformen, fällt ihnen gar nicht ein. Der 14. September 1930 sei ein trübes Kapitel für das deutsche Volk. Für das gesamte Europa wären große Gefahren hereinbrochen, hätte die Sozialdemokratische Partei in engstem Zusammenarbeiten mit den Gewerkschaften nicht größte Abwehrbereitschaft gezeigt. So hat Herr Hitler trotz laß töuender Worte den Ausschluß verpaßt. „Tod dem Marxismus!“ ist die Parole der NSDAP. Diese suchten sie auch bei den diesjährigen Betriebsräteahlen anzuwenden. Es hat sich aber gezeigt, daß die freien Gewerkschaften ein festes Bollwerk darstellen. Der Redner ging dann auf die Weltwirtschaftskrise ein, die auf die gewaltigen internationalen Verflechtungen auf dem Weltmarkt zurückzuführen ist. Um ihr entgegenzutreten, kam man zur Nationalisierung, die fast jeder am eigenen Leibe verspürt. Die Jünger des Dritten Reiches machen natürlich auch dafür den Marxismus verantwortlich. Das deutsche Unternehmertum ist sich bewußt, daß sich seine Gesellschaftsordnung nicht mehr lange behaupten kann und einmal abstürzen muß. Es verachtet aber, diesen Zeitpunkt so weit wie möglich hinauszuziehen. Dazu dient ihm die Nationalistische Deutsche Arbeiterpartei, geführt von Brüngen, Offizieren, Kapitulanten usw. Die Nazis sind die Schutzgarde des Kapitalismus. Das Beispiel Stalkens zeigt uns, daß der Faschismus für die Arbeiterschaft nichts Gutes bringt. Für die Arbeiter heißt es: Seid auf dem Posten, haltet euren Organisations- und die Treue, dann wird ihr dem Kommen des Sozialismus am besten dienen. Reicher Beifall dankte dem Referenten für seine tiefgründigen Ausführungen. Zum zweiten Punkt wurden kurze Berichte über Vorformnisse innerhalb des Bezirks gegeben. Weiterhin behandelte Kol-

lege Derteilt in kurzen Ausführungen die beabsichtigte Einführung der 40-Stunden-Woche. Die Wahlen gingen flott-volltanten: Der bisherige Vorstand mit dem Kollegen Höler als Vorsitzendem wurde in seiner Gesamtheit wiedergewählt.

Potsdam. Zu Beginn unsrer außerordentlichen Versammlung am 24. April begrüßte der Vorsitzende unseß Gavourvorsteher Reinte (Stettin) und die aus diesem Anlaß geladenen Vorsitzenden anderer Ortsvereine des Bezirks, von denen die Kollegen Schulze (Dranienburg), Heißle (Trebbin), Sauer (Zückerberg) und Ritter (Strausberg) anwesend waren. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete das Referat des Gavourvorstehers über Lohnabbau, Arbeitszeitverkürzung — Verbandspolitik. Nach einem kurzen Rückblick auf den scheinbar noch nicht endgültig erledigten Lohnabbaurummel der Regierung Brülling und dessen mehr politische als wirtschaftliche Hintergründe kam Kollege Reinte auf die Möglichkeit einer Abwehr weiterer Verletzungen dieser Art zu sprechen. Die Regierungspläne weitere Verschlechterungen des Lebensstandards der Arbeiterklasse, angeblich um der großen Arbeitslosennot zu steuern. Die Möglichkeit einer zungangsweisen Einführung der 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich und Einstellungsstauung durch Notverordnung sei in greifbare Nähe gerückt. Eine derartige Inangriffnahme des Arbeitslosenproblems könnte nach Ansicht des Redners nur negative Erfolge zeitigen. Es wäre Aufgabe der leitenden Stellen und besonders der politischen Führer der Arbeiterschaft, andre Wege zu suchen. In Unternehmenskreisen unseres Gewerbes trage man sich mit der Möglichkeit, alle über 60 Jahre alten Kollegen aus den Betrieben zu entfernen und durch jüngere, weil billigere Kräfte zu ersetzen. Dagegen muß Front gemacht werden, denn es sei dem Verband in der jetzigen Zeit unmöglich, die materielle Sorge für die Betroffenen zu übernehmen. Einen außerordentlichen Goutag lehnte der Referent wegen der Umständlichkeit seiner Einberufung und der angeblich hohen Kosten ab. Er schlug dafür die Annahme einer Resolution des Gau- und des Bezirksverbandes Stettin vor, die dem Verbandsvorstand überzandt werden soll, über deren Inhalt schon in Nr. 30 unter Stettin berichtet worden ist. Mit der Bitte an die Anwesenden, fest zusammenzukommen in den Wirren der Gegenwart und treu zur Gewerkschaft zu stehen, schloß Kollege Reinte seine interessanten Ausführungen. An der Debatte beteiligten sich neun Kollegen. Mit den Ansichten des Gavourvorstehers erklärte man sich im allgemeinen einverstanden. Auf Vorschlag des Kollegen Matzke einige man sich einstimmig zur Annahme der Stettiner Resolution mit folgendem verschärfenden Zusatz: „Die Mitgliedschaft Potsdam erwartet vom Verbandsvorstand, daß er einem weiteren Lohnabbau mit aller Entschiedenheit entgegentritt, gegebenenfalls auch unter Umgehung gesetzlicher Bindungen.“ Der in der vorhergehenden Verammlung gefaßte Beschluß auf Einberufung eines außerordentlichen Goutages bleibt aufrecht erhalten, mit der Maßgabe, die Kosten so niedrig wie möglich zu gestalten. Die Anwesenheit des Kollegen Reinte hatte den Vorstand veranlaßt, das Thema „Arbeitsnachweisfragen“, das in letzter Zeit innerhalb des Ortsvereines oft erörtert wurde, auf die Tagesordnung zu setzen. Der Gavourvorsteher konnte von Erfolgen berichten, die die Einführung der reihenfolgegemäßen Neueinstellung der arbeitslosen Kollegen in Stettin zu verzeichnen hat. Eine Zustimmung der Prinzipale zu entsprechender Regelung hier in Potsdam dürfe schwer zu erreichen sein; auch sind Widerstände aus den Reihen der Arbeitslosen selbst zu erwarten, die oft aus persönlichen Gründen die Reihenfolge ganz gern unterbrechen möchten. Die Verammlung beschloß, den Vorstand zu beauftragen, die reihenfolgegemäße Neueinstellung von Arbeitslosen bei den zuständigen Stellen zu beantragen. Die Betriebsräte konnten über die Bestimmungen zwecks Teilnahme an der Maßnahme von starken Meinungen für Arbeitsruhe berichten. Eine Ausnahme machte wieder die Druckerei der „Potsdamer Tageszeitung“.

Stuttgart. Am 3. Mai fand hier im Gustav-Siegels-Haus eine Jubilärsfeier statt. 15 Kollegen konnten und können in diesem Jahr auf ihre 50jährige Werksbandzugehörigkeit zurückblicken. 14 davon in Stuttgart, einer aus Heilbronn. Die treuen Anhänger und Kämpfer unsrer Gewerkschaft kamen aus allen Gegenden Deutschlands. Viele unter ihnen nach Zurücklegung endlos scheinender Kilometerstrecken Wanderschaft im In- und Ausland. Doch, wer die schwäbische Landeshauptstadt kennenlernte und dort Arbeit fand, blieb und bleibt bis ans Ende, das noch recht lange auf sich warten lassen sollte. Alle unsre Jubilare sind noch rüstig und wären in normalen Zeiten sicher noch beruflich tätig. Nur die unnormale Arbeitslosigkeit veranlaßt die Mehrzahl, aus gewerkschaftlicher Schulung heraus, zum Maßregelnstreik für Jüngere. Und was haben diese Kollegen in diesen 50 Jahren alles erlebt, miterlitten und mitverdient? Schon ihr einjähriger Eintritt war eine sichere Anwartschaft auf Arbeitslosigkeit, falls der junge Kollege nicht „verdeckt“ liebten konnte. Bei ihrem Eintritt befand sich der Sitz unsres Verbandes in Stuttgart. Bismarcks Sozialistengesetz machte die Verlegung in den demokratischen Süden notwendig. Der Name mußte umgeändert werden. Wie schwer es in solchen Zeiten dem Einzelmitglied gemacht war, seinen Idealen treu zu sein, wissen nur die älteren Kollegen. Fünf Jahre nach ihrem Eintritt kam der Kampf um den Reinfundament. Unsre Jubilare hielten durch. Sie blieben auf der Straße und ludten, auf der Landstraße von Ort zu Ort wandernd, neue Unternehmern. Heute wollten wir mit solch überzeugten Kollegen nochmals in den gleichen Kampf eintreten. Keiner fehlte ein Original, wie es nur wenige gibt, hat es unter den alten Kämpfern gegeben. Sängler, Musiker, Wein- und Weibeköcher, Rätore, Metreure, Korrektoren, Schriftgießer, Drucker und Buchbinder wechselten ab. Das Schöne aber ist, auch die, die auf gehobenen Posten unsrer Sache Treue hielten, blieben allzeit Mitarbeiter und nicht Ruhezugsgehe. Diese Spezies sind rar und tater. Vorbildliche Verbandsfunktionäre, die zum Teil ein Menschenalter hindurch in gewissenhafter Weise den Posten des Druckereischiffers verlassen, befinden sich unter den Kollegen. Zwei der Jubilare sind Brüder. In launiger Weise drachte unsrer Gavourvorsteher Kollege Reinte in die Glückwünsche des Verbands- und des Gavourverbandes zum Ausdruck. Sein tiefempfundener Dank galt der treuen vorbildlichen Gewerkschaftsarbeit der Jubilare. Auch die Schwabenkolonie der Berliner Metallarbeiter-Druckerei landete einen Glückwunsch.

Zwei der Jubilare gehörten ihrem früheren Stuttgarter Betrieb an. Die Art der Jubilärsfeier war eine wirkliche Feierstunde. Eine Morgenandacht nannte sie Kollege Reinte. Unsre allzeit bereiten Sängerkollegen unter Führung ihres Chorleiters trugen mit dem „Gutenberglied“ Baumgartners, „Aus der Jugendzeit“ von Kränzl und „Die Heimat“ von Fischer zum vollen Gelingen der Feier bei. Vier Baritonstimmen des Herrn Eugen Grimm, deren zwei Leichte von Weß; „Rückblick“ und „Menschengefühl“ so recht in den Rahmen der ersten Feier paßten, fanden reichen Beifall. Eine Ableitung des Pfälzerarmistions Orchesters Stuttgart löste den musikalischen Teil künstlerisch. Auch sie ernteten reichen Beifall. Bedauerlich war, daß die jüngeren Kollegen nicht einen Sonntagmorgen zur Ehrung ihrer Vorbilder aufbrachten. Sie waren es doch, die den Weg, der heute ein einfacher und leichter ist, ebneten und erkämpften. Die Ältesten waren da, wie immer und überall, wenn es gilt, Verdienste zu ehren und Kollegialität zu pflegen.

Allgemeine Rundschau

Nachahnenswertes Beispiel. Wie immer bei gleichen Gelegenheiten, nahm am 16. Mai die Elsaßgau-Buchdruckerei von Hermann Beyer & Co. in Dresden die Gelegenheit zum Jubiläum der 25jährigen Betriebszugehörigkeit eines Handgehilfen zum Anlaß, diesen Ehrentag in einer Feierstunde würdig zu begehen und den Jubilär reich zu beschenken.

Zur Wirtschaftslage im graphischen Gewerbe. Nach dem vom Statistischen Reichsanstalt veröffentlichten Ergebnis der vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund aufgetragenen Statistik über den Arbeitslosenstand Ende April 1931 (herausgegeben am 16. Mai 1931) ergab sich für das graphische Gewerbe folgendes Bild:

Verbände und Berufsgruppen	Arbeitslose am Ende des Monats		Kurzgearbeitete am Ende des Monats	
	April 1930	April 1931	April 1930	April 1931
	vom Hundert der Mitglieder		vom Hundert der Mitglieder	
Buchdrucker	13,1	22,2	1,1	3,8
Lithographen u. Steinbrucker	16,3	26,7	8,0	14,3
Graphische Hilfsarbeiter	14,6	23,2	4,2	9,9
Buchbinder	19,7	27,1	23,5	32,3

Die Durchschnittsziffern sämtlicher freien Gewerkschaften an Arbeitslosen und Kurzarbeitern beliefen sich Ende April 1931 auf 32,3 Proz. bzw. 17,9 (gegen 20,5 bzw. 11,7 Proz. Ende April 1930).

Hans Pilz †. Am 19. Mai verstarb in Berlin im Alter von 50 Jahren infolge Gehirnschlages der Krankenkassen-angestellte Hans Pilz. Mit ihm schied ein Kollege aus dem Leben, dessen Name infolge seiner früheren lebhaften Tätigkeit innerhalb unsrer Organisation in weiten Kreisen bekannt geworden ist. Im Jahre 1911 wurde Kollege Pilz von der Berliner Kollegenliste erstmalig in den Verbandspropaganda als Beisitzer gewählt, dem er bis 1920 angehört hat. Als solcher nahm er an den Verbandstagen in Danzig (1913), Würzburg (1918) und Nürnberg (1920) teil. Auch nach seinem Berufswechsel legte Kollege Pilz stets reges Interesse für alle organisatorischen Fragen an den Tag, und wo sich ihm nur immer Gelegenheit dazu bot, pflegte er kollegiale und freundschaftliche Beziehungen zu seinen ehemaligen Berufsgenossen. Als guter Kamerad und Freund sowie als ein lieber Mensch mit hellester Lebensbejahung wird Hans Pilz fortleben in ehrendem Gedächtnis aller, die ihn näher gekannt haben!

Meisterprüfung. Vor der Prüfungskommission der Handwerkskammer in Weimar bestanden die Kollegen Friedrich (Sena) und Arno Lang (Gotha) die Meisterprüfung mit gutem Erfolg.

Gehilfenprüfung. Vor dem Sachsausschuß als Gehilfenprüfungskommission in Schneidemühl unterzogen sich fünf Seher und ein Drucker der Gehilfenprüfung. In Noten erhielten im Theoretischen vier Seher Genügend, ein Seher Gut; im Praktischen fünf Seher Genügend. Der Drucker erhielt im Theoretischen und Praktischen die Note Ungenügend.

Buchdrucker-Wohnen in Gera. Die Beteiligung von über 600 Buchdruckern am Wohnebenkursus des Bildungsverbandes im Mai 1930 in Leipzig ermutigt zur Abhaltung eines zweiten Kursus in Gera am 13. und 14. Juni d. J. Das Wohneben ist mit einem wirtschaftlichen Jungbuchdruckertag und einer Funktionärskonferenz verbunden. Am Sonnabendnachmittag finden sieben Arbeitsgemeinschaften statt, die unter Leitung tüchtiger Fachkräfte mit aktuellen Problemen des graphischen Gewerbes beschäftigt. Aus Anlaß des Kursus findet in der Geraer Stadthalle eine große öffentliche Druckausstellung statt. Neben dieser können die Teilnehmer auch den modernen graphischen Betrieb der „Dittlinger Tribune“ besichtigen. Abends spricht in „Wintergarten“ Oberregierungsrat Professor Wolde aus dem Preussischen Innenministerium über „Kulturaufgaben der Werkstätten“. In einer Morgenverammlung der Jungbuchdrucker referiert Kollege Karl Franke (Berlin) über „Systematik in der Berufsausbildung“. Anschließend werden im Metropolis-Hilfshaus die Werkfilme der Intertype-Schmalzinnengesellschaft und der Verldoff AG. aufgeführt. Nach dem Mittagessen führt eine gemeinsame Autofahrt zur Besichtigung des Vogel-Verlages nach Bismarck.

Vorfrist bei Angeboten von Volontärstellen. Als übige Begleiterscheinung der traurigen Verhältnisse im gesamten Wirtschaftslieben nimmt das Volontärwesen neuerdings einen Umfang und eine Struppellosigkeit an, daß uns eine allgemeine Mahnung zur Vorfrist bei Annahme von Volontärstellen dringend geboten erscheint. Während früher die Einstellung von sogenannten Volontären in Druckereien nicht selten deshalb erfolgte, um die tarifliche Beihilfenskala zu umgehen, handelt es sich heute bei Angeboten von Volontärstellen fast ausschließlich um die mehr oder weniger gelockerte Ausnutzung der Notlage der erwerbslosen Jugendlichen. Das findet seinen Ausdruck in Inseraten, wie sie häufig in Fachblättern erscheinen, in denen Volontären Gelegenheit zur Weiterbildung als Facharbeiter in der Kontor einer Buchdruckerei oder zur weiteren technischen Ausbildung geboten wird. In der Regel handelt

es sich um ausgeprobene Bruchbuden, die auf der Suche nach billigen Arbeitskräften sind, und in denen es an jeder Möglichkeit zu kaufmännischer und technischer Ausbildung fehlt. Einige uns bekanntgewordene typische Fälle aus letzter Zeit sind recht besorgniserregend, mit welcher Struppellosigkeit die Notlage junger Geistes auszunutzen versucht wurde. Da schreibt z. B. der Inhaber einer kleineren Druckerei in Braunshweig, die großartig als „Graphische Kunstanstalt“ firmiert, einem auf eine Volontärstelle rekrutierten jungen Gehilfen u. a. folgendes: „Um Mißverständnissen vorzubeugen, möchte ich nicht unerwähnt lassen, daß wir eine Vergütung nicht gewähren. Sie sind jedoch als Gast im Hause der Inhaber jederzeit gern gesehen.“ Einem andern Junggehilfen stellte dieser „gemittelte“ Kunstankaltbesitzer als Entschädigung des Taschengeldes eines kaufmännischen Beihilfens im zweiten Lehrjahr in Aussicht. Solchen Ausbeutern der Not der Jugend muß ihr trauriges Handwerk gelobt werden. Weitgehende Aufklärung unsrer Jungkollegen über die Auswüchse des Volontärwesens, wie sie sich neuerdings im Buchdruckgewerbe zeigen, tut dringend not!

Presseverfolgungen in Polen. Wegen angeblicher Beleidigung des Starosten (Landrat) Dr. Woschenik in Larnowicz in Oberschlesien, in dessen Amtsbezirk die schweren Terrorakte gegen die deutsche Minderheit anfänglich der letzten Sejmwochen verübt wurden, hatte sich wieder einmal ein Anwalt von Redakteuren deutscher Zeitungen zu verantworten. Den Reigen eröffnete der verantwortliche Redakteur der „Kattowitzer Zeitung“ Dr. Hoffmann. Wegen eines Artikels in genannter Zeitung, der sich u. a. auch mit dem Verhalten des Starosten während des Wahlkampfes beschäftigte, wurde der Presselührer zu 600 Zloty Geldstrafe verurteilt. In einem zweiten Prozeß gegen denselben Redakteur handelt es sich ebenfalls um einen Artikel in seiner Zeitung mit der Überschrift „Die Deutschen sind vogelfrei“, in dem über die Teilnahme des genannten Starosten an einer Wahlversammlung berichtet wurde. In dieser Verammlung soll von einem Redner die Äußerung gefallen sein, daß jetzt — bei der bevorstehenden Wahl — die Zeit gekommen sei, „mit den Deutschen abzurechnen“. Das Gericht erblickte die Beleidigung darin, daß eine derartige Äußerung in Gegenwart eines Staatsbeamten gefallen sein könne, ohne daß dieser dagegen eingeschritten wäre. Das Urteil lautete auf 500 Zloty Geldstrafe. — Wegen desselben Delikts stand weiter der verantwortliche Redakteur des „Oberschlesischen Kurier“, Kroczyk, vor den Richtern. In einem Artikel dieses Blattes wurde gesagt, daß der Starost Gehörden gegen die Deutschen mitangehört habe. Das Urteil lautete auf 500 Zloty Geldstrafe. — Ferner erhielt der Verantwortliche des „Larnowitzer Kreisblattes“, Mat, wegen desselben Vergehens ebenfalls 500 Zloty Geldstrafe, weil in einem Artikel dieses letzteren Blattes gesagt war, daß der Starost Verordnungen erlassen habe, die gegen die Deutschen gerichtet gewesen seien. Unter anderem, so hieß es hier, seien die Gastwirte angewiesen worden, deutsche Verammlungen in ihren Lokalen grundsätzlich nicht zuzulassen. — Gleiche Prozesse waren schließlich gegen die verantwortlichen Redakteure des sozialdemokratischen „Volkswille“ sowie der „Polonia“ angelegt. In diesen beiden Fällen wurde das Verfahren aus formellen Gründen eingestellt, da der Strafantrag nicht entsprechend den strafrechtlichen Vorschriften eingereicht war. — Zu gleicher Zeit wurde ein Prozeß gegen den verantwortlichen Redakteur der „Deutschen Rundschau“ in Bromberg, Johannes Kruse, verhandelt. Der Angeklagte war seinerzeit wegen eines Artikels „Der Triumph des Wojowoden“, in welchem an der Widerheidenpolitik des obereschlesischen Wojowoden Grazynski eine durchaus sachliche Kritik geübt wurde, zu 600 Zloty Geldstrafe oder 40 Tagen Gefängnis verurteilt worden. Gegen das Urteil hatte der Angeklagte Berufung eingelegt. Da inzwischen das Pressegesetz, auf Grund dessen die Beurteilung erfolgte, aufgehoben wurde und die Bestimmungen des alten preussischen Pressegesetzes, welche Geltung erhielten, nach denen Pressebelikte nach sechs Monaten verfahren, wurde die Sache niedergelegt; das Gericht hatte es verabsäumt, in der vorgezeichneten Frist die entsprechende richterliche Amtshandlung vorzunehmen. — Am 9. Januar verlegte die Lobzer Stadtkarofee im Auftrage der Staatsanwaltschaft die Druckerei und die Redaktion des Wojowodates „Tribuna Robotnicza“ in Lobz. Die gerade fertiggestellte Auflage des Blattes wurde mit Beschlag belegt. Jetzt, nach 4½ Monaten, sind sowohl die Druckerei wie auch die Redaktion der Verwaltung des Kartells der Fachverbände zurückgegeben worden.

Die Reichsregierung gegen eine zweite Lohnabbauwelle? Seit dem Herbst 1930 wird mit vereinten Kräften der Versuch unternommen, die Löhne und Gehälter in Deutschland zu ermäßigen. Sider sind dabei Erfolge zu verzeichnen gewesen. Die Löhne sind ganz gewaltig herabgesetzt worden und die Gehälter ebenfalls. Die ganze Aktion wurde angeblich unternommen, um die Selbstkosten zu senken und damit die Wirtschaft Deutschlands wieder aufzukurdeln. Was ist nun daraus geworden? Die Selbstkosten müssen in der Tat eine nicht unwesentliche Senkung erfahren haben. Wie sieht jedoch der Erfolg auf der anderen Seite aus? Die Wirtschaft hat sich keineswegs verbessert. Eine Unterbrechung fand in keiner Weise statt, wenn man von ganz geringfügigen Besserungsercheinungen absieht. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich fast nur in dem saisonüblichen Rahmen vermindert. Der Lohnabbau hat also für die Gesamtwirtschaft keine sichtbaren Erfolge, sondern große Schädigungen mit sich gebracht. Diese liegen vor allem in der Zerstückelung von Kaufkraft, in der Verzerrung der Steuerkraft und andern schädlichen Folgeerscheinungen. Wenn die deutschen Unternehmer und mit ihnen die deutsche Regierung aus diesem Mißerfolg die nötigen Schlüsse ziehen wollten, so müßten sie sich volkswirtschaftlich System so schnell wie möglich abwenden. Aber das Gegenteil ist der Fall. In den Unternehmensblättern wird seit Wochen ein zweiter Lohnabbau als dringend notwendig hingestellt. Sie schlußfolgern, daß die erste Lohnabbauwelle nicht tief genug gegangen und durch die Gewerkschaften und die Schlichtungsbehörden in ihrer Wirkung behindert worden sei. Aus diesem Grund fordern sie einen nochmaligen Eingriff in das Lohnsystem. Hier liegt eine außerordentlich große Gefahr. Bei der allgemeinen Niedrigschlagenheit, die im Volke herrscht, ist man leicht geneigt, Lösungen für gut zu befinden, die das Gegenteil von dem sind. Man mußte nun gespannt sein, welchen Standpunkt die deutsche Regierung zu diesen Unternehmern

wünschen einnehmen würde. Reichsarbeitsminister Stegerwald hat kürzlich eine Abordnung der sächsischen Gewerkschaften erklärt, daß er eine zweite allgemeine Lohnabnahme aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen für untragbar halte.

Neuer Angriff auf die Löhne. Wie aus Dresden bekannt wurde, haben die sächsischen Metallindustriellen, obwohl am 2. Januar d. J. im Zuge der allgemeinen Lohnabnahme...

Wertigkeit treiben Flugpost! Der „Sturmvoegel“, Flugverband der Wertigkeitigen e. V., beginnt das dritte Jahr seiner Tätigkeit. Luftfahrt — Sache des ganzen Volkes...

dritten und vierten Flugzeuges stehen. Hunderte von Flugpiloten wurden auf den Segelflägen des Verbandes in die Kunst des Gleit- und Segelfliegens eingeweiht...

Patentschau Zusammengefaßt vom Patentingenieur Gustav Weber, Hamburg, Postfach 8, welcher den Lesern unseres Blattes Kunst und Rat in allen Angelegenheiten des gewerblichen Rechtsschutzes sowie der Bewertung von Schutztiteln bereitwillig erteilt.

- Einreichungsfristablauf für die Patentanmeldungen: 29. Juni 1931. Patentanmeldungen (veröffentlicht im „Patentblatt“ vom 23. April 1931): Nr. 15a ... Nr. 15b ... Nr. 15c ...

Literarisches „Mitarb. im Gewerkschaftsblatt.“ „Rat und Mensch“ Bollen und Witten in „Gewerkschaftsblatt.“ Von Herbert von Göttsche...

verschiedene Eingänge Marx-Engels und der kapitalistische Staat. Oster Zell (1844-1880). Herausgeber: B. Ranzowitzer und S. P. Wauer...

Briefkasten B. B. in D.: Unser Schweizer Mitarbeiter wird uns voraussichtlich darüber berichten, was nach A. u. C. Das Gewerkschaften des Säulings aus den Monaten 1900 auf 25 Jahre vor entsinnen...

Verbandsnachrichten Verbandsbüro: Berlin SW 61, Dreifundstraße 5. Fernruf: Amt Bergmann 1191, 1191 bis 1195, Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Ad., Berlin S 14, Wallstraße 65...

Verbandshaushaltsplan Folgende die das Verbandsamt beschäftigen wollen, müssen sich bis spätestens 11 Uhr vormittags im Zimmer 118 S. 266 melden.

Adressenveränderungen Eckertstraße, Kaffee: W. H. S. erwig, Bürgermeisterfeldmann-Strasse 13.

Zur Aufnahme gemeldet (Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beauftragte Adresse): Im Gau Dresden der Leiter 1. Karl B e g e n e r, geb. in Landsberg 1911...

Veranstaltungskalender Dessau, Bezirksversammlung am 31. Mai, vormittags 10 Uhr, im „Volkshaus“ zu Köstlan. Hamburg, Landesversammlung Mittwoch, den 27. Mai, 19 1/2 Uhr...

Aus dem Inhalt der vorliegenden Nummer 41 (23. Mai 1931) Artikel: Pfingstfest, — Ramsaufschiff! — Pfingsten und arbeitslos. Die Ursachen zur Arbeitslosigkeitfrage...



Anzeigenpreise: 15 Pf. die nebengefaltene Millimeterhöhe für Stellenangebote und -angebote sowie für Anzeigen kollegialer Herkunft (d. h. Vereins-, Fortbildungs- und Todesanzeigen); 50 Pf. für Anzeigen geschäftlicher Art.

Handseiberreinigung Hamburg Mittwoch, den 27. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im Lesesaal der „Heimstätte“, Nagelsweg 10/14. Mitgliederversammlung Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen. 2. Wahl eines Beisetzers...

Drucker gesucht für Autotyparbeiten mit Verlässlichkeit. In Berlin anständige Herren mit Referenzen und Wohnansprüche wollen sich melden...

Fahrräder ab Fabrik von 38 Mk. an, ballonbereift von 68 Mk. an mit Garantie. 1392 Prachtkatalog gratis. e. a. p. Etlicher, Bradewede + Dielefeld 188.

25jährigen Jubiläums für die uns aus Anlaß des 25jährigen Jubiläums in überaus reichem Maße dargebrachten Glückwünsche sagen wir auf diesem Wege herzlich Dank.

Fachbücher verkauft billig S. Engel, Buchhändler, Ostfischerstraße 42b. Erzebeige! Empfehlung ab sofort in meinem Privatgebrauch einige saubere, sonstige Nummer mit beiliegendem Preisverzeichnis zum angemessenen Erlösungsausfall gegen mäßige Vergütung...

Für Maschinensetzer Abnung der Matzgen, 60 Pf. Das Produkt der Sehmachschneide, 60 Pf. Der Typograph... 2,60 Mk. Die Linotype... 5,00 Mk.

Die Farbe in Ihren Ausdrucksampligen... Wilhelm Sauthert In jahrelanger, gemeinsamer Wirken haben wir den Bestrebungen als tüchtigen und pflichttreuen Kollegen kennengelernt...

Gewerkschaftsmitglied denke daran Jeder Handlungsgehilfe oder Bureauangestellte — männlich oder weiblich — gehört in den freigewerkschaftlichen Zentralverband der Angestellten

Verlag: Treuhänderverwaltung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, G. m. b. H., Berlin SW 61, Dreifundstraße 5. Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Karl Heimholz, Berlin SW 61, Dreifundstraße 5. Annoncenstelle für Anzeigen: Berlin SW 61, Dreifundstraße 5 + Fernruf: Berlin, Amt Bergmann 1191, 1191 bis 1195. Druck: Buchdruckwerkstätte, G. m. b. H., Berlin SW 61, Dreifundstraße 5.